

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 19. Februar 1926

Nummer 8

## INHALTSVERZEICHNIS

Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe .....	H. M.
Der Griffenlampf der Reichs- und Staatsarbeiter im Jahre 1925 .....	D. St.
Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter .....	D. A.
Die Betriebsräte in den Reichs- und Staatsverwaltungen .....	E. G.
Befreites Köln .....	H. P.
Unser Mitgliederstand am 1. Februar 1926 .....	H. P.
Statistisches über Tarifverträge mit Reichs- und Staatsverwaltungen .....	H. P.
Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage .....	H. P.
Kleine Bilder aus meinem Land .....	H. P.
Ein Blick in die französische Literatur II. ....	H. P.
Beamte • Betriebsräte • Aus der Sprachpraxis • Aus Politik und Volkswirtschaft Aus unserer Bewegung • Landstraßenwärter • Aus den Gemeinden • Wasserbau- arbeiter • Theaterarbeiter • Arbeiterversicherung • Kunstschau • Reichskonferenz der Reichs- und Staatsarbeiter	



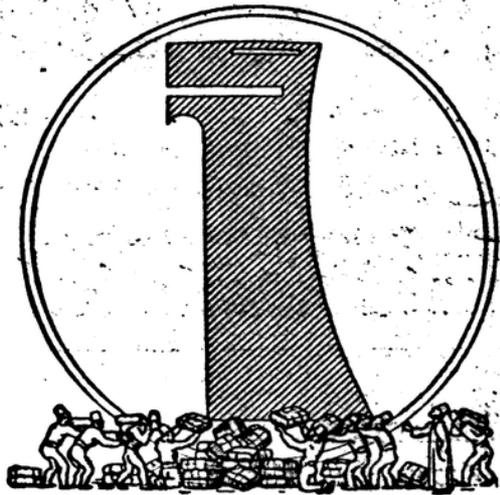
Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 • Telephon: Moerkplatz 5105/06, 119 44

DIE ZWÖLF  
HAUPTURSACHEN DER  
LEISTUNGSFÄHIGKEIT  
DER  
CIGARETTENFABRIKEN  
**REEMTSMA A.G.**



№ 9



DIE MACHT  
DES GROSSEINKAUFES



mit bedingungslosem Rückgaberecht  
bei Nichtgefallen, liefern ich sehr auf-  
gelegentliches und erprobtes, auch die ver-  
wöhnten Ansprüche befriedigend große,  
echten Eichen-Trichte-Apparat  
1897. Die Lieferung erfolgt sofort  
3 Stücken auf doppelt. Kisten-  
platten nach Ihrer Wahl & Listen-  
preise gegen Zahl von nur 10 Mk.  
pro Woche bei angemessener Anzahl.  
Musik gehört in jedes Haus!

Verkaufen Sie sofort kostloses Nr. 1. Preis. P auch über andere probier-  
werte Horn- und Holz-Innen, Trichter- und Trichterlose Apparate.  
Walter H. Garz Berlin S 42, Postfach 844 P, Alexandrinenstraße 97.  
In Berlin erbitte Besuch meiner Ausstellungsräume von 8-7 Uhr

**Garantie-Fahrräder**  
mit Freilauf

Herrn: **76<sup>00</sup>** Damen: **84<sup>00</sup>**



Man verlange kostenlos Katalog von der  
**Sigurd-Gesellschaft** in Cassel 107

**Brillantring! Herren-  
Stoffe**



(mit.) massiv Gold  
& Karat, (253 gesetzt,  
Gestein, Ring-  
größe-Papierstreifen  
zum Spottpreis von  
**2<sup>60</sup>**

Versand nur geg. Nachnahme  
od. Voreinsend. d. Betrag. (auch Briefmark.)  
**Versandhaus Helmuth Meyer**  
Berlin SW 96, Hoderstraße 133a

Mantelstoffe, Flanel  
usw. kauft man am  
billigsten direkt von  
der Tuchfabrik  
**A. Rausch**  
Bublitz, Pommern  
Gegründet 1866  
Ubersend. v. Mustern  
auf Anfrage kostenlos

Gummi Saug, etc.  
hyg. Artik.  
Preis & grat. Pharm.  
hyg. Industrie Medicin.  
Bielefeld 3 54, Vorkauf 75 c.

Wusste Musik treiben  
Kolle Dörfel schreiben!



**MUSIK  
Instrumente**  
Wir haben, ich und aus  
Verlangen Sie Preisliste  
**MAX DÖRFEL**  
Kilbenthal, Sachs. Nr. 30

**Vertrauen**  
sache ist d. Kauf  
v. Alpenca - We-  
besteck mit n.  
ohne Silberauf-  
lage!

5 Tage Ansicht  
liefern wir unsere  
Ware und gegen  
9 Monats Zins  
bei 30 tägig. Gar-  
antie Fördern  
Sie kostenfrei Of-  
ferse, Sie werden  
**reell**  
pretw. u. gut be-  
dient. Zahlr. Dank-  
sch. M. Hans & Co.  
Metallwarenfabr.,  
Meitmann 31 Rbl.

**Selbstrasterer!**

Schärfen eure Klängen **Herrma-Salz-**  
oder Messer nur mit  
Schleifen, unnötig. Klängen, stets wieder ver-  
wendbar. Packung m. Gebrauchsanw. 2 Mk.  
**Herrma-Vertrieb, Berlin W 30/11**  
Barbarossastraße 64.

**Billige böhmisches Bettfedern!**

Ein kg. graue, geschliss. M. 3.-,  
halbweiße M. 4.-, weiße M. 5.-,  
bess. M. 6.-, 7.-, daunenweiße  
M. 8.-, 10.-, beste Sorte M. 12.-,  
14.-, weiße ungeschliss. M. 7.50,  
9.50, beste Sorte M. 11.- Versand  
portofrei, rollfrei gegen Nachn.  
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
Beneditkt Sachse, Lobos Nr. 26, b. Pilsen, Böhmen.



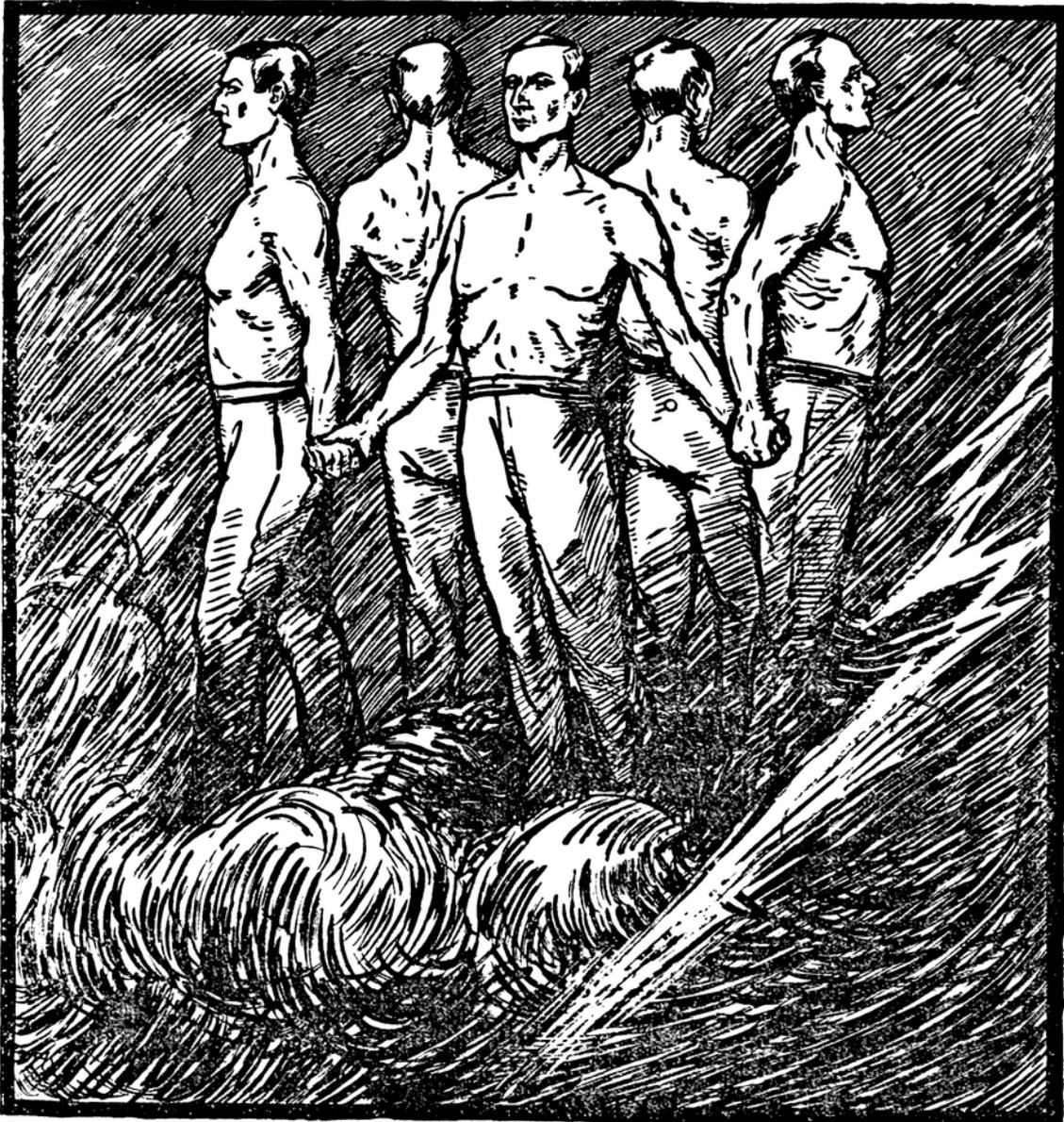
XXX. Jahrgang

Berlin, den 19. Februar 1926

Nummer 8

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



**Reichs- u. Staatsarbeiter vereinigt Euch!**

## Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe!



ie in den Verwaltungen und Betrieben von Reich und Staat beschäftigten Arbeiter stellen die jüngste Sektion unseres Verbandes dar. Bis zum November des Jahres 1918 waren die Reichs- und Staatsarbeiter trotz aller Not und schwerster Bedrückung nicht zu veranlassen, der freigewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Der furchtbare moralische und materielle Druck der Vorgesetzten, der kaiserlichen Hofgeist und das in diesen Betrieben besonders hochgezüchtete Spießtummel ließen es nicht zu, daß eine nennenswerte Zahl der Reichs- und Staatsarbeiter sich freigewerkschaftlich organisierten.

Seit dem November 1918, seit dem Bestehen der deutschen Republik sind von Rechts wegen alle die Gründe in Fortfall gekommen, die den Reichs- und Staatsarbeiter veranlaßt hatten, seiner zuständigen Organisation bis dahin fern zu bleiben. In der zweiten Novemberhälfte des Jahres 1918 sahen wir denn auch überall, wie die fortschrittlich gesinnten Kräfte, die auch unter den Reichs- und Staatsarbeitern immer vorhanden gewesen sind, die Fahne der Organisierten ergreifen und sie den großen Massen der unorganisierten Kollegen vorantreiben.

Die ersten Staatsarbeiterversammlungen in Berlin gestalteten sich zu außerordentlich wirkungsvollen Demonstrationen. Aller Ingrimm über die Unterdrückung der vergangenen Jahrzehnte, aller Haß gegen das zusammengebrochene Regiment besetzte diese Versammlungen, und leidenschaftlich gingen die Reichs- und Staatsarbeiter daran, das in so vielen Jahren Veräümlte nachzuholen. Sie hatten Glück, sie hatten es besser als die Arbeiter irgendeiner Privatindustrie, sie hatten es auch besser als die in den Gemeindebetrieben und -verwaltungen beschäftigten Arbeiter. Sie brauchten keine neue Organisation zu gründen, sondern sie konnten sich einer bereits bestehenden, damals schon mehr als 100 000 Mitglieder zählenden Gemeindearbeiterorganisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anschließen. Hier fanden sie von vornherein eine kräftige Stütze. Hier fanden sie gewerkschaftlich erfahrene Kollegen und Freunde, die ihnen bei der Bearbeitung des Neulandes behilflich sein konnten und auch behilflich waren.

Im ersten Augenblick, als die Parole „Organisiert Euch!“ unter die Reichs- und Staatsarbeiter geschleudert wurde, kam es vor, daß sie sich den verschiedensten Organisationen anschlossen. Erst ganz allmählich kam die Erkenntnis, daß die Organisationszerpflüsterung im allgemeinen für die Arbeiterschaft schädlich, für die Reichs- und Staatsarbeiter jedoch direkt verderblich ist. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß und in weiterer Konsequenz der Breslauer Gewerkschaftskongreß haben als Ziel der deutschen Gewerkschaften aufgestellt die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in großen, einheitlich geschlossenen Organisationen, zunächst getrennt nach Industriegebieten. Die neue Steuergesetzgebung macht die Gemeinden und Länder zu Kostgängern des Reiches. Als Folge davon ergibt sich, daß die Interessen der in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Staat und Gemeinde aufs innigste miteinander verbunden sind. Die Wahrung ihrer Interessen kann daher nur von einer Organisation gewährleistet werden, die die in den öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten einheitlich ergreift. Diese Organisation ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der heute bereits mehr als 200 000 Mitglieder in den öffentlich-rechtlichen Betrieben organisatorisch ergreift hat. Die Sektion der Reichs- und Staatsarbeiter in unserem Verbands zählt bereits mehr als 25 000 Mitglieder. Nach ungefährer Schätzung kommen aber 70 000 Beschäftigte in Frage. Wollen wir unserem starken Arbeitgeber gegenüber gewappnet sein, wollen wir einen Machtfaktor bilden, mit dem gerechnet werden muß, wollen wir bei der Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein gewichtiges Wort mitsprechen können, dann ist Voraussetzung hierfür die möglichst vollkommene Gewinnung derjenigen Arbeiter, die uns noch fernstehen.

Es gilt, die 40 000—50 000 uns noch fernstehenden Reichs- und Staatsarbeiter zu überzeugen, daß sie Unrecht tun, wenn sie beiseite stehen und den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Minderheit ihrer Kollegen überlassen. Seit dem Herbst 1918 ist in hartnäckigen Kämpfen so manches für die Staats- und Reichsarbeiter erreicht worden. Ueberflüssig zu sagen, daß uns das Erreichte bei weitem nicht genügt. Aber ebenso richtig ist, daß mehr erreicht worden wäre, wenn alle Reichs- und Staatsarbeiter rechtzeitig den Wert der Organisation erkannt und danach gehandelt hätten. Noch ist es nicht zu spät, das Veräümlte nachzuholen. Es ist richtig, das Deutsche Reich, die Länder und die Gemeinden haben unter den Folgen des verlorenen Krieges schwer zu leiden. Es ist aber ebenso richtig, daß die herrschende Klasse in Deutschland, und namentlich die aus den alten Verhältnissen in die Republik hinübergewechselte alte Beamtenhierarchy nach wie vor das Bestreben hat, dem Arbeiter den Broterwerb so hoch wie möglich zu hängen. Eher ist man geneigt, den fortgelaufenen Fürsten, von deren Vorfahren sich einer als den „ersten Diener des Staates“ bezeichnet hat, Hunderte Millionen Mark in die unerfälligen Schlände zu werfen, ehe man die Löhne der Staatsarbeiter um Pfennige erhöht.

Die Reichs- und Staatsarbeiter haben moralischen und materiellen Anspruch darauf, auskömmlich besoldet zu werden und vorbildliche Arbeitsbedingungen zu haben. Ansprüche kann man wohl geltend machen, aber durchsetzen kann man sie nur, wenn man die Macht dazu hat. Diese Macht wird man nur erreichen, wenn es gelingt, die 70 000 Reichs- und Staatsarbeiter in einer einheitlich geschlossenen Organisation zusammenzufassen und viele Einzelwillen zu einem einzigen macht- und kraftvollen Gesamtwillen zusammenzuschweißen. Die Reichs- und Staatsarbeiter können diesen Anspruch auf auskömmliche Lebenshaltung erheben, weil sie sich als die Treuhänder der öffentlich-rechtlichen Betriebe und Verwaltungen betrachten. Ihnen ist ein besonderes Gut anvertraut; sie haben nicht die Interessen irgendwelcher privatkapitalistischen Klassen wahrzunehmen, sondern die Allgemeininteressen des Volksstaates. Diese hohe Aufgabe zu erfüllen, muß sich jeder angelegen sein lassen. Reich und Staat haben dann die Pflicht, die in ihren Verwaltungen und Betrieben beschäftigten Arbeiter auskömmlich zu besolden. Unser Volksstaat hat aber noch nicht aufgehört, ein Klassenstaat zu sein. Die Macht hat trotz zahlenmäßiger Minderheit die kapitalistische Klasse. Diese Macht zu brechen und zunächst so weit wie möglich einzuschränken, ist Aufgabe der Arbeiterorganisationen.

Wohl drängen sich jetzt unter den verschiedensten Namen falsche Freunde an euch heran. Organisationen, die geschaffen und unterhalten werden von euren natürlichen Feinden, von denjenigen Klassen des Staates, die sich zurückziehen in die alten Verhältnisse, die wieder rückwärts revidieren möchten, was die Republik geschaffen hat, die wieder den Kadavergehorsam, das Gesinderecht und alle sonstigen mittelalterlichen Herrschaftsinstrumente der bestehenden Klasse zur Anwendung gelangen lassen möchten. Weist sie von euch, diese falschen Freunde, ob sie nun unter der Bezeichnung „Stahlhelm“, „Wehrwolf“ oder sonstigen ihre wahre Natur verdeckenden Namen sich an euch heranwagen. In dieser Werbewoche muß ein einziger Wille durch das ganze Reich gehen und öffentlich dokumentiert werden: der Wille zur Organisation.

Eure Parole in diesen Tagen laute:

Sinein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

J. M.

# Der Existenzkampf der Reichs- und Staatsarbeiter im Jahre 1925.



Am Beginn der Währungsstabilisation setzte in den Reichs- und auch in einigen Staatsverwaltungen beinahe automatisch ein verstärkter Druck ein, am den in diesen Betrieben Beschäftigten die von der Organisation erkämpften und bis dahin bestandenen sozialen Errungenschaften zu schmälern und möglichst ganz zu beseitigen. Das Vorgehen des Reichsfinanzministeriums zu Beginn des Jahres 1924 in der Frage der Arbeitszeitverlängerung, dieses fortgesetzte Bestreben und Vorarbeiten, diese sich immer wiederholenden Versuche, selbst während der Laufzeit der Tarifverträge soziale Verschlechterungen einzuführen, waren im Grunde nichts anderes als Vorboten des uns am 24. Dezember 1924 zugangenen Kündigungsschreibens der bis dahin bestehenden Manteltarifverträge. Die uns bereits vor diesem Schreiben von dem R.F.M. zugewiesenen Abänderungsanträge bekräftigten unsere pessimistischen Auffassungen durchaus und ließen auch zur Gewissheit den mehr als sozial rückständigen Geist erkennen, der allmählich wieder bei unseren Regierungsstellen eingeblasen war.

So begann also das Jahr 1925 für die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer Welle des erhöhten gewerkschaftlichen Kampfes. Erst nach 25tägigem Ringen um die Neuverhandlung eines neuen einheitlichen Manteltarifvertrages für alle Reichsarbeiter war es möglich, die in sozialer Richtung geradezu maßlosen Verschlechterungsanträge der Regierung niederzuschlagen. Wenn wir trotzdem einige Verschlechterungen hinnehmen mußten, so lag das nicht zuletzt an den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, von denen Deutschland in den letzten Jahren mehr oder minder hart beeinflusst wurde. Die Regierung selber glaubte aus diesen Gründen wohl sich möglichst reaktionär gebärden zu müssen, um vor allen Dingen bei der auch heute noch allmächtig sich fühlenden Schwerindustrie „Istbünd“ zu bleiben. Erleichterungen haben verschiedene Freistaaten, wie Preußen und Sachsen, diese Politik nicht mitgemacht, ja selbst nicht einmal Dagegen. Ein besonderes Kapitel im Kampfe mit den derzeitigen Regierungsgewalten bildete im Jahre 1925 die Erhöhung der Löhne. Mit Lohnaufschlagungen, die zum Leben kaum hinreichten, mußten wir am Ende der Inflationsperiode den ersten Goldlohntarif zum Abschluß bringen. Auch die im Jahre 1924 erfolgten, sehr minimalen Lohnaufschlagungen wurden letzter durch erhöhte Lebenshaltungskosten immer wieder aufgezehrt, so daß von einer wesentlichen Besserstellung unserer Kollegenchaft auch beim Beginn des Jahres 1925 nicht gesprochen werden konnte. Aus diesem Grunde haben wir denn auch den von der Regierung ausgezwungenen Kampf um die Neugestaltung unseres Manteltarifvertrages gleichzeitig dazu benutzt, eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen. Eine Umstellung unseres Lohnarifes, die an vielen Orten eine kleine Lohnaufhöhung mit sich brachte, ferner die Einführung einer Dienstalterszulage von 2 bzw. 4 Pf. nach 3 bzw. 6 Dienstjahren für die Reichsarbeiter und schließlich eine allgemeine Lohnaufhöhung in Höhe von 2 bzw. 3 Pf. für alle über 24 Jahre alten Arbeiter, bildeten den Abschluß des ersten, von uns im Jahre 1925 eingeleiteten Lohnkampfes. Dieses Ergebnis wurde entsprechend auf die Arbeiter bei der Reichs- und Wasserstraßenverwaltung übertragen, und man möchte fast sagen — leider — auch von den einzelstaatlichen Regierungen für ihre Arbeiter übernommen. Denn eine eigene in sozial-fortschrittlichem Sinne von der Reichsregierung abweichende Lohnpolitik haben die Einzelstaaten bis jetzt auch nicht getrieben, abgesehen von einigen kleinen Zugeständnissen der Freistaaten Preußen, Sachsen, Baden, Bayern und Württemberg, letztere allerdings nur für einige Spezialgruppen (Theater usw.) der Beschäftigten. Aber auch diese Lohnaufhöhungen reichten bei weitem nicht hin, um des Leibes Notdurft zu befriedigen, und so blieb unserem Verbands in Verbindung mit den übrigen an Reichsarbeitertarifen beteiligten Organisationen kein anderer Ausweg, als den bestehenden Lohnarifsvertrag auf den 31. August 1925 erneut zu kündigen. Unterdessen hatte aber die Reichsregierung ihre berühmte „Preislenkungsaktion“ angekündigt, die regelmäßig einsetzt, wenn seitens der Arbeiter Lohnforderungen gestellt werden. Als wir dann daraufhin im Reichsfinanzministerium zu neuen Verhandlungen zusammentraten, erklärten die Herren Regierungsveteren kurz und bündig, mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftspolitischen Verhältnisse und der angeforderten Preislenkungsaktion keinerlei Lohnaufhöhungen gewähren zu können, und das trotz der an sich gewiß beschwerlichen Lohnforderung im Höhe von 10 Pf. pro Stunde für alle über

24 Jahre alten Reichsarbeiter. Auch die Anrufung eines vom Reichsarbeitsministerium auf unseren ausdrücklichen Antrag eingeleiteten Schlichtungsgerichts vermochte den Standpunkt der Regierungsveteren nicht zu erschüttern, obwohl seitens unserer Vertreter eine Fülle von Material zur Begründung unserer Forderungen herbeigebracht wurde. So kam es zum Schlichtungsbescheid, der aber ebenfalls höchst unbefriedigend war, weil darin jede allgemeine Lohnaufhöhung rundweg abgelehnt und nur eine Nachprüfung der örtlichen Zulagen zugesichert wurde. Wenn es uns dann im Anschluß an diesen Spruch trotzdem gelang, an etwa 130 Orten, an denen vorwiegend Reichsarbeiter beschäftigt sind, Lohnaufhöhungen in Höhe von 2 bis zu 7 Pf. pro Stunde zu erwirken, so zeigt dies in ganz besonderer Weise, wie die Organisationsarbeit unermüdlich tätig war, um für unsere Kollegenchaft selbst in der schwierigsten Zeit noch herauszuholen, was möglich war.

Mit diesen Kämpfen allein war aber unser Existenzkampf noch nicht beendet. Wir haben im Jahre 1925 mit aller Energie versucht, die Lohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse für unsere Reichs- und Staatsarbeiter zum Abschluß zu bringen. Beinahe war das Werk vollendet, da begann noch einmal soziale Rückständigkeit der einzelstaatlichen Regierungen und der Einfluß der Privatindustrie, verbunden mit gewerkschaftspolitischer Kurzsichtigkeit einiger „Ausbeamtengewerkschaften“, ein Scheitern gegen unser Vorhaben, das zunächst zur Folge hatte, daß die Reichs- und Staatsarbeiter nicht mit in die neugegründete Kasse der Reichspost aufgenommen wurden.

Neben all diesen großen Fragen aber hatte die Organisation jahraus, jahrein einen Schlingensiefel oftmals schlimmerer Art zu führen mit den einzelnen Ministerien und Verwaltungen. Zahlreich sind die Wege, die tagtäglich zurückgelegt werden müssen, um da und dort erlassene Stützungsstellen zu schließen, den Kollegen zu ihren tariflichen Rechten zu verhelfen, wo die einzelnen Dienstbehörden und Vorgesetzten glauben, sich unter allen Umständen ein Sonderrecht herauszunehmen zu dürfen.

So ist das Leben und die Tätigkeit der Organisation ein ununterbrochener Kampf um Sein oder Nichtsein, der aber leider von vielen in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmern und -brüdern noch immer nicht richtig begriffen wird. Mancher schaut sich diesen Kampf von der Ferne an, erwidert, was er nicht sieht hat, und glaubt schließlich, daß das alles so ganz von selbst geworden sei. Wieder andere schimpfen auf die Organisation und scheuen nicht davor zurück, mit Beitrittssperre zu drohen, wenn mal dies oder das nicht nach ihrem Wunsch und Willen geht. Diesen Wankelmütigen, Kurzsichtigen und Gleichgültigen zu sagen, daß dem nicht so ist, ja daß manches viel, viel besser sein könnte, je früher die Zahl der organisierten Kollegenchaft ist, muß Aufgabe unserer Arbeit sein.

Der Kampf, der sich jetzt seit Wochen bei der Reichsbahn um Löhne 1 und 2 Pf. Lohnaufhöhung pro Stunde abspielt, und bei dem die Direktion der Deutschen Reichsbahn den Gipfel sozialer Rückständigkeit erklimmen hat, bei dem das Recht mit Füßen getreten wurde, dieser Kampf, Kollegen und Kollegen, ist auch ein Kampf. Die Reichsregierung verschont sich auch diesmal wieder — wie so oft — hinter die Reichsbahn und umgekehrt. Und so wie das Jahr 1925 ein Jahr des Kampfes gewesen ist, so wird unsere Tätigkeit immer ein Kampf bleiben, um unsere Existenz, um höheren Lohn und soziales Recht, und nicht zuletzt um die wirtschaftliche Gleichberechtigung in Betrieb und Verwaltung.

Neben den Grad der Erfolge haben wir selbst zu befinden. Je geschlossener und je geeinter unsere Kollegenchaft in den Reichs- und Staatsbetrieben auftritt, um so erfolgreicher ihr Kampf. Vieles ist in den letzten 7 Jahren für unsere Kollegenchaft erreicht worden. Auch das Jahr 1925 ist trotz allen Jähren, die uns widerfahren sind, noch ein Jahr des Erfolges gewesen. Einzig und allein deshalb, weil wir im großen und ganzen trotz allen wirtschaftlichen Depressionen, die eingetreten sind, zum großen Teil halten konnten, was wir einst unter besseren Zeiten errungen hatten. Der größte Erfolg aber ist: Noch steht unsere Organisation da, unerschütterlich, und wird bei Regierungen und Behörden anerkannt und geachtet. Sorgen wir durch unermüdliche Erzielungen und Aufklärungsarbeit an uns selbst und den noch Fernstehenden dafür, daß dieser Zustand auch für die Zukunft erhalten bleibt in unserem eigenen Interesse. Wer dies nicht einseht und begriff, ist nicht würdig, teilzunehmen an den Errungenschaften unserer organisierten Tätigkeit und hat auch kein Recht zu jammern, wenn es ihm schlecht geht.

D. St.

## Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter.



le dienen alle dem Staat. Jeder gibt sein Bestes, sei es nun, daß er auf dem Übungsfeld der Truppe, in der Werkstatt der Kaserne, im Lazarett oder im Krankenhaus, in einem staatlichen Betriebe oder bei einer Behörde beschäftigt ist. Ob Beamter, Angestellter oder Arbeiter, die Art der Tätigkeit ist in den in Frage kommenden unteren Besoldungsgruppen häufig dieselbe. Nur der Etat, der Stellenausweis bestimmt die Zahl der beamtenrechtlich zu regelnden Arbeitsverhältnisse. Dabei bleibt der Kreis der Beamten klein gegenüber der Masse der Angestellten und Arbeiter. Hier der Tarifvertrag, — dort das Beamtenrecht. Und doch hängt eins vom andern ab. Keines der beiden Systeme lebt unabhängig vom andern. Beziehungen fließen herüber und hinüber. So wie im Betrieb und in der Verwaltung die Arbeiter, Angestellten und Beamten Hand in Hand arbeiten müssen, so knüpfen sich ineinander die Rechte und Pflichten des Dienstverhältnisses. Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter sind untereinander graduell verschieden in ihrer rechtlichen Stellung zum Staat. Aber das Miteinanderstehen, das Angewiesensein aufeinander bei der Erfüllung der Arbeitspflicht ist viel stärker, viel ausschlaggebender als diese Gradunterschiede.

Aus der gleichen Arbeit fließt die gleiche Sorge. Mag es dem einen oder dem anderen zeitweise ein Fünftel besser ergehen. Der Tisch ist bei keinem reichhaltig gedeckt. Bittere Sorge um die nahe Existenz sieht allen im Gesicht. Wirtschaftsnöte machen vor keinem halt. Die Härten unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems fehren auch vor der Beamtenwohnung nicht um.

Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter schaffen miteinander. Gemeinliche Nöte bedrücken sie alle. Darum gehören sie auch gewerkschaftlich zueinander. Das Band freigewerkschaftlichen Verbundens sollte sie alle umschlingen. Die Verwaltungen, die oberen Behörden sind freilich anderer Meinung. Ihnen ist ja die arbeitsrechtliche Trennung das Mittel ihrer Herrschaft. „Teile, damit du um so

besser herrschen kannst“ ist ihre Devise. Kein Wunder, wenn von jener Seite die Einflüsse zugunsten des „Ständevereins“ bald offener, bald versteckter in Erscheinung treten. Arbeiter, Angestellte und Beamte, fest zusammengeschweißt, sind eine zu fürchtende Macht. Reaktionsäre Direktionen und Verwaltungen wissen es; die Mehrzahl der Beamten hat es leider noch nicht erkannt.

Vor Jahren wurden die Lohn- und Gehaltskämpfe der Beamten, Reichs- und Staatsarbeiter gemeinsam ausgetragen. Unter Führung des famosen Deutschen Beamten-Bundes lösten sich die Beamten von dieser gemeinsamen Front. „Seht die freien Gewerkschaften“, schrie man, „Sie schaden euch durch ihre Verkoppelung der Löhne mit den Gehältern“. — Die Beamten, auch der unteren Gruppen, folgten damals diesen falschen Führern. Was wurde erreicht? Gelang es inzwischen etwa den Herren, ihre nur allzu lähne Behauptung zu beweisen? Hat der Beamte der unteren Gruppen von dieser Zerfällung der gemeinsamen Front einen Vorteil gehabt?

Wir behielten Recht. Lohn und Gehalt stehen zueinander in Wechselbeziehungen, die auch der D.B.B. nicht aus der Welt schaffen kann. Was wir seit Jahren schon erkannten, hat die Reichsregierung in ihrer Denkschrift vom 31. Januar 1925 also bestätigt:

„Wenn man sich ein richtiges Bild von der Entwicklung der Beamtenbesoldung machen will, darf man sie nicht für sich allein betrachten, denn sie ist auf das engste verknüpft mit der Entwicklung des gesamten Volkseinkommens, der von diesem zu tragenden Steuerlasten, der Entwicklung der Gehälter und Löhne der Privatwirtschaft, der Preisentwicklung usw., kurz mit dem gesamten Gebiet der Volkswirtschaft.“

Die Arbeitsbedingungen des Arbeiters können dem Beamten nicht gleichgültig sein, wie umgekehrt die des Beamten den Arbeiter nicht unberührt lassen. Das Schicksal der Beamten, Reichs- und Staatsarbeiter ist so eng miteinander verknüpft, daß zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen nur eine freigewerkschaftliche Organisation in Frage kommen kann. Die Werbewoche unseres Verbandes für die Reichs- und Staatsarbeiter ist deshalb zugleich auch eine Werbewoche für die Beamten.

D. A.

## Die Betriebsräte in den Reichs- und Staatsverwaltungen.



ahrelanger Kämpfe hat es bedurft, um in den Reichs- und Staatsverwaltungen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend die Betriebsvertretungen für die Arbeitnehmer durchzuführen. Der offene und versteckte Widerstand gegen die Betriebsräte in einer Reihe von vielen hundert Dienststellen brachte es mit sich, daß oftmals bis in die jüngste Zeit hinein es erst durch Vorgehen der Verbandsleitung in den Ministerien ermöglicht wurde, die Betriebsrätewahlen überall durchzuführen. — Aber nicht allein von gewissen Dienststellenleitern wurde die Durchführung des BRG. erschwert, sondern leider auch von einem großen Teil unserer Kollegen im Lande selbst, die dieser äußerst wichtigen zeitgemäßen Frage teilweise gleichgültig, oder soweit sie unorganisiert, sogar ablehnend gegenüberstanden.

Wenn in den letzten Jahren im Zeichen der Personalabbauverordnung von einer besonders aktiven Tätigkeit insbesondere der örtlichen Betriebsvertretung nicht gesprochen werden kann, lag diese Lähmung in dem Ausnahmegesetz der P.V. begründet, und man hatte es ja in der Hand, lustig drauf los die mißliebigen Betriebsräte zu mahregeln, ohne daß die Arbeitsgerichte einschreiten konnten. — Da durch Aufhebung der Abbauverordnung nunmehr der alte Rechtszustand wiederhergestellt ist, wird auch das Arbeiten der Betriebsvertretungen ein besseres sein als unter den bisherigen einengenden Bestimmungen der P.V.

Das Betriebsrätegesetz hat den notwendigen agitatorischen Aufbau der Betriebsräte in den Reichs- und Staatsverwaltungen durch Mangel zwingender Bestimmungen leider sehr wenig Rechnung getragen. — Der § 61 ist eine außerordentlich dehnbare Skannoorchrift, wonach auf dem Wege der Verordnung nach Verhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Organisationen ein anderer Aufbau der Betriebsvertretungen erfolgen kann. Es kann aber niemand die Regierung zwingen, einen derartigen Erlaß herauszugeben, so daß es der Verbandsleitung schwer gemacht wurde, in den Ministerien, wo eine große Zahl von Arbeitnehmern in Hunderten von Dienststellen beschäftigt werden, Hauptbetriebsräte zustande zu bringen. Jahrelang haben wir in einzelnen Ministerien um den Hauptbetriebsrat kämpfen müssen, der durch seinen Sitz im Ministerium eine außerordentliche Bedeutung für die Kollegenchaft hat. Das haben auch unsere Kollegen draußen im Lande mehr und mehr erkannt, und so macht sich bei den stattfindenden Wahlen zu den Hauptbetriebsräten

eine alljährlich steigende Beteiligung bemerkbar, die bis zu 80 Proz. der Wahlberechtigten beträgt.

Der Wirkungskreis der Hauptbetriebsräte wird von Jahr zu Jahr umfangreicher, und es war durch Zusammenarbeiten mit der Organisation möglich, manche praktische Arbeit zu leisten, Erfolge zu zeitigen, wo die Arbeiten der örtlichen Betriebsvertretungen ergebnislos waren. Als erfreulichste Zeichen der Arbeitsfreudigkeit unserer Kollegen sei hier beispielsweise angeführt: das Vorwärtsträngen der Hauptbetriebsräte gemeinsam mit der Organisation zwecks Errichtung von Pensionskassen, die Ausdehnung der Unfallversicherungsgesetzgebung auf die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter, tatkräftiges Eingreifen bei Massenentlassungen und Schließung von Betrieben. Alle diese positiven Arbeiten waren für die Organisation ein Ansporn, überall dort, wo die Hauptbetriebsräte noch nicht vorhanden sind, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den gleichen organisatorischen Aufbau zu ermöglichen.

Wenn es uns neuerdings gelungen ist, im preußischen Kultusministerium den Hauptbetriebsrat zu schaffen, so ist dieser Erfolg lediglich dem zähen, jahrelangen Kampf unserer Organisation zu danken. Leider ist es der Organisation bisher noch nicht gelungen, im Bereiche des Reichswehrministeriums Breche zu schlagen. Hier steht man der Bildung eines Hauptbetriebsrats den äußersten Widerstand entgegen. Aber auch das Wehrministerium wird seinen Arbeitern auf die Dauer nicht Rechte vorenthalten können, die man den übrigen Reichs- und Staatsarbeitern längst gewährt hat. Wir hoffen, daß sich auch hier schließlich das Rechtsgefühl gegen die Rommandogmatik durchsetzen wird.

Reflexieren wir die gesamte Tätigkeit der Betriebsräte, ob örtlich, bezirklich oder zentral, so ist immerhin festzustellen, daß es in der Bewegung vorwärts gegangen ist. Dieser Fortschritt war nur möglich durch einheitliches Arbeiten mit der Organisation. Darum hinweg in den Betrieben mit jeder Organisationszerfällung. Die lachenden Erben sind die reaktionären Verwaltungsbureaufrauten.

Den Aufbau der Betriebsräte so zu vollenden, daß jeder praktische Gedanke aus dem Betriebe heraus bis in die Spitze der Organisation geleitet und verwendet wird, muß in der Zukunft unsere vornehmste Aufgabe sein. Ebenso ist es aber auch Aufgabe eines jeden Reichs- und Staatsarbeiters, Mitglied der Organisation zu sein und als solches an diesen Aufgaben mitzuarbeiten innerhalb der Organisation.

E. S.

## Befreites Köln.

Vor genau einem Jahre ging ein Raunen durch die Stadt, „am 10. Januar 1925 verlassen uns die Engländer“. Aus Frankreich tönte als Echo zurück, daß ein Räumen der Kölner Zone in absehbarer Zeit nicht durchführbar sei. So blieb alles beim alten; die Engländer blieben treu und brav am Rhein. Da, ein Jahr später, wurde es ernst. Im Dezember 1925 begann die Räumung und Sonnabend, den 30. Januar 1926, zu Ende geführt. Punkt 2 Uhr wurde die englische Fahne nach einer militärischen Parade eingezogen. In der bekannten, kurzen, schnellen Marschweise eilte die letzte englische Kompanie zum Bahnhof. Ungezählte Tausende standen am Dom, um Zeuge dieses historischen Ereignisses zu sein. Tausendstimmiger Freudenruf durchdrang die Luft. Köln war der deutschen Republik voll und ganz wiedergegeben. War diese Freude berechtigt? Wir behaupten: „Ja!“ Als Pazifisten und überzeugte Sozialisten sind wir entschiedene Gegner des Militarismus in jeder Form. Die langjährige militärische Besetzung des alten deutschen Kulturlandes ist auch politisch eine Unflugheit. Der demokratische Rheinländer sah in der Anwesenheit der fremden Truppen ein schreiendes Unrecht. Besonders in der ersten Zeit wurde diese Mißstimmung verschärft durch die drakonischen Bestimmungen der Besetzung. Wir erinnern, daß wochenlang der Straßenverkehr in einer Großstadt wie Köln ab 8 Uhr abends vollständig unterjagt war. Dazu scharfe Versammlungsverbote, Paßzwang und dergleichen Unannehmlichkeiten mehr. An dieser Stelle wollen wir aber trotzdem anerkennen, daß die englische Besetzung sich am besten dem Charakter der rheinischen Bevölkerung anpaßte und die zwei letzten Jahre immerhin erträglich waren.

Der Ruhrkampf schuf ja besonders unerquidliche Verhältnisse. Köln war geradezu blockiert und an Schitanen aller Art hat es in dieser Zeit nicht gefehlt. Hoffentlich werden diese Sanktionen nicht mehr möglich sein. Zu all diesem Unersreulichen kommt, daß eine Besetzung auch wirtschaftlich eine große Last bedeutet. Ungezählte Wohnungen wurden von der Besetzung in Anspruch genommen. Hotels und Schulen wurden ihren Zwecken entzogen. Besonders in der ersten Zeit ging es bei derartigen Beschlagnahmen sehr rigoros zu. Das Vergnügungsetabliement Groß-Köln z. B. mit 193 Angestellten mußte binnen 24 Stunden geräumt sein. Die Wästen wurden selbstverständlich dem Reiche aufgebürdet. Es ist deshalb ertülich, daß jeder vernünftig denkende Mensch eine ehrliche Freude empfindet, nachdem mit der Räumung ernst gemacht wurde. Diese ehrliche Freude war auch die Ursache, die Tausende ohne Unterschied der Partei zur Befreiungsfeier an den Dom lockte. Abgesehen von den etwas stark betonten, religiösen Ausführungen des Herr Oberbürgermeisters durfte man feststellen, daß es keine hurrapatriotische, sondern eine ehrlich-republikanische Veranstaltung war. Wagten einige Nationalisten in den vornehmeren Stadtvierteln schwarzweißrote Fahnen hinauszuhängen, so kann heute schon gesagt werden, daß der Flaggenstreit wohl nicht die häßlichen Formen annimmt, wie leider in anderen Landesteilen. Bei kommenden Veranstaltungen müssen wir als Republikaner aber dafür Sorge tragen, daß noch mehr als bisher unsere altbewährten Freiheitsfahnen, die gerade dem Rheinländer heilig sein sollten, — die Fahne von 48, schwarz-rot-gold, — ihre gebührende Würdigung im befreiten Gebiete erhält. Die kleinen völkischen Grüppchen halten sich in ihren Vereinstotalen sehr zurück. Dort in diesen verschiedenen Kneipen ist bei mächtigen Humpen der „Teutsche“ Rhein mächtig besungen worden; aber vorsichtig, wie die Herrschaften sind, haben sie sich noch nicht offen hervorgewagt, weil sie wissen, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, wie die letzten Wahlen bewiesen haben, auf republikanischem Boden steht.

Nun einige Worte als Gewerkschafter. Wir als Arbeiter der öffentlichen Betriebe haben unter den strengen Vorschriften der Besetzungsordnung 53, die geradezu einem Streikverbot gleichkam, schwer gelitten. Trotzdem haben wir während der Besetzungszeit zwei Kämpfe geführt. Wir sind überzeugt, wenn diese Kämpfe noch länger angebauert hätten, wir schwere Zusammenstöße mit der Besetzung nicht hätten verhindern können. Dank der klugen Taktik unserer altbewährten Vertrauensleute ist es möglich gewesen, beide Bewegungen glücklich zu beenden. Alles in allem genommen ist deshalb unsere Freude eine große, weil heute, nach all diesen schweren Jahren, das Rheinland nicht mehr verloren gehen kann. Das größte Unglück, daß die deutsche Republik hätte treffen können, wäre der Verlust des Rheinlandes gewesen. Diese Gefahr ist überwunden und möge Bocarno und Genf das Weitere dazu beitragen, daß die Völkerveröhnung uns ein besseres und glücklicheres Europa beschere möge. Zum Schluß noch einige Worte über die englischen

Soldaten. Es ist auch unsere Pflicht — und gerade, um falschen Auffassungen von Ueberpatrioten zu begegnen — zu sagen: die englischen Soldaten haben sich in den letzten Jahren in Köln sehr gut gehalten, und möge ihre Anwesenheit am Rhein nur die Kenntnis, die sie sich erworben haben, dazu beitragen, das Band zwischen der deutschen und englischen Arbeiterschaft inniger zu befestigen, dann hat auch diese englische Besetzung im sozialistischen Sinne ihre guten Seiten gehabt. Möge die schwarzrotgoldene Fahne von nun an frei und offen von den Türmen der Stadt Kunde geben, daß die deutsche Republik im Rheinlande eine ewig starke Stütze hat. R h e n a n u s.

## Unser Mitgliederstand am 1. Februar 1926.

Gegen den Vormonat schließt unsere Monatsstatistik mit einer Zunahme von 211 Mitgliedern ab. Bei der allgemein stark fühlbaren Wirtschaftskrise, die auch in den öffentlich-rechtlichen Betrieben spürbar wurde, ist die Mitgliederzunahme als doppelter Gewinn zu buchen. Die Treue unserer Mitglieder zu ihrer Organisation und die Verbetrast unseres Verbandes zeitigen dieses erfreuliche Ergebnis.

Die Arbeitslosenziffer ist im Laufe des verfloffenen Monats weiter gestiegen. Sie betrug im Vormonat insgesamt 3753. Am 1. Februar zählten wir insgesamt 4136 arbeitslose Mitglieder. Das ist ein Mehr von 383 oder eine Zunahme der Arbeitslosen um 10,2 Proz. Die Arbeitslosenzahl umfaßt 3206 männliche und 930 weibliche Mitglieder. Zur Gesamtmitgliederzahl bilden die 4136 arbeitslosen Mitglieder eine Quete von 2 Proz.

Auch die Ziffer der Kurzarbeiter hat sich erhöht. Sie ist gestiegen von 414 auf 595, also um 181 gleich 43,7 Proz. Von Kurzarbeit sind betroffen 375 männliche und 220 weibliche Mitglieder.

Berichtet haben von 862 Filialen 612 gleich 70,8 Proz. Nicht berichtet haben 250 Filialen mit 22 670 männlichen und 3481 weiblichen, insgesamt 26 151 Mitgliedern des Vormonats.

Wirtschaftsgebiete bzw. Gewerbetätigkeiten	Zahl der Mitglieder am 1. Jan.	Mitgliederstand am 1. Februar 1926		Zunahme 3-Monats
		männlich	weibl.	
1. Nordwest				
a) Hamburg . . .	20 822	17 096	8 741	20 887
b) Bremen . . . .	5 688	5 888	843	5 790
c) Kiel . . . . .	8 288	2 883	452	8 254
d) Lübeck . . . . .	4 157	8 119	835	8 954
2. Westfalen . . . .	83 928	28 485	4 370	83 805
3. Rheinland . . . .	11 459	10 269	1 186	11 545
4. Rhein-Pran . . . .	10 055	9 409	460	9 889
5. Rheinpfalz	16 449	18 608	2 875	16 488
6. Baden				
a) Karlsruhe . . .	8 248	8 808	896	8 129
b) Singen . . . . .	7 202	6 661	687	7 848
	897	719	223	942
7. Württemberg . . .	5 159	7 850	910	8 290
8. Bayern	5 148	4 805	486	5 241
a) München . . . .	8 775	7 428	1 896	8 819
b) Nürnberg . . . .	6 102	6 648	521	6 164
9. Thüringen . . . .	14 877	18 098	1 917	14 983
10. Sachsen	5 221	4 464	785	5 249
a) Dresden . . . . .	9 912	8 097	1 961	10 028
b) Leipzig . . . . .	6 229	4 556	1 718	6 289
c) Jüdisau . . . . .	6 291	5 488	955	6 393
11. Mitteldeutschland	22 482	18 091	4 599	22 690
a) Magdeburg . . .	7 086	5 761	1 892	7 143
b) Halberstadt . . .	8 482	8 062	422	8 474
12. Hannover . . . .	10 567	8 813	1 804	10 617
13. Schlesien . . . .	6 882	5 717	688	6 408
14. Brandenburg . . .	9 650	8 181	1 497	9 678
15. Groß-Berlin . . .	5 540	4 898	548	5 874
16. Ostpreußen	24 267	19 430	4 960	24 880
17. Ostpreußen				
a) Stettin . . . . .	8 519	8 074	481	8 555
b) Kolberg . . . . .	1 402	1 198	195	1 393
18. Ostpreußen . . .	4 921	4 272	678	4 948
19. Ostpreußen . . .	8 165	7 200	890	8 080
20. Ostpreußen . . .	48	40	21	61
21. Einzelmitglieder . .	48	40	21	61
<b>Gesamt</b>	<b>200 464</b>	<b>170 789</b>	<b>29 885</b>	<b>200 675</b>

### Statistisches über Tarifverträge mit Reichs- und Staatsverwaltungen.

Der kollektive Arbeitsvertrag bestimmt seit der Revolution auch die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten in Reichs- und Staatsbetrieben. Der zentrale Tarifvertrag, geltend für das ganze Reichs- bzw. Staatsgebiet, mit entsprechendem Ergänzungsabkommen für besondere Berufsarten, bildet für die Reichs- bzw. Staatsarbeitsverträge das vorherrschende Schema. Dadurch ist eine Anpassungsfähigkeit an die verschiedenen beruflichen und örtlichen Bedürfnisse gegeben. Gleiches gilt auch für die zu den zentralen Reichs- bzw. Staatsarbeitsverträgen gehörenden Lohn- und Tarifverträge. Die Einteilung der Lohnstufen in Ortsklassen, Lohngruppen, örtliche Lohnzuschläge oder örtlich geltende Lohngebühren ermöglicht eine den verschiedenen örtlichen Bedürfnissen angepaßte Bemeßigung in der Lohngestaltung.

Für die bei den Reichsbehörden beschäftigten Lohnempfänger kommen zurzeit insgesamt vier Tarifverträge in Betracht. Der zentrale Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Staatsverwaltungen (I.N.R.) ist abgeschlossen mit dem Reichsfinanzministerium. Dieser gilt, soweit unser Organisationsbereich in Frage kommt, für rund 2100 Beschäftigte, von denen 6057 unserer Organisation angehören. Das erklärt sich aus der Beteiligung von insgesamt acht Zentralverbänden, darunter sechs freigewerkschaftliche Organisationen. Mit dem Reichsverkehrsministerium ist ein Tarifvertrag abgeschlossen für die Beschäftigten bei der Reichswasserstraßenverwaltung; in Frage kommen 12501 Beschäftigte, davon sind 2398 Mitglieder unseres Verbandes. Für die Beschäftigten der Reichsmarine in Wilhelmshaven und das Marinearsenal in Kiel ist ein besonderer Vertrag mit dem Reichswehrministerium abgeschlossen für etwa 8200 Beschäftigte. Mit der Reichsdruckerei in Berlin ist ebenfalls ein besonderer Tarifvertrag abgeschlossen.

Soweit Angaben aus unseren Filialen über die Zahl der Beschäftigten in den Reichsbetrieben vorliegen, ergeben die vier mit Reichsbehörden abgeschlossenen Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für 44233 Beschäftigte, von denen 8698 Mitglieder unseres Verbandes sind. Unter Berücksichtigung einer ganzen Anzahl von Zentralverbänden als Tarifkontrahenten auf Arbeitnehmerseite muß gesagt werden, daß die Anteilquote unserer Mitglieder zu der Zahl der Beschäftigten dennoch an erster Stelle steht.

Mit Staatsverwaltungen sind insgesamt 27 Tarifverträge abgeschlossen für insgesamt 33261 Beschäftigte, von denen 18910 Mitglieder unseres Verbandes sind. Innerhalb unseres Organisationsbereiches erstreckt sich der Tarifvertrag für die preussischen Verwaltungsarbeiter auf 675 Betriebe mit 13626 Beschäftigten, von denen 5797 Mitglieder unseres Verbandes sind. Auch bei diesem Tarifvertrage steht unsere prozentuale Anteilquote unserer Mitglieder zu der Zahl der Beschäftigten gegenüber den anderen Verbänden, die als Tarifkontrahenten beteiligt sind, an erster Stelle.

Mit dem Freistaat Bayern sind zwei zentrale Tarifverträge abgeschlossen. Der eine gilt für die bei den bayerischen Verwaltungen Beschäftigten, insgesamt 2413 Beschäftigte in 500 Betrieben, von denen 1630 Mitglieder unseres Verbandes sind, der zweite für die bayerischen Straßen- und Flussbauarbeiter gültige Tarifvertrag umfaßt 4620 Beschäftigte in 37 Betrieben, von denen 3275 Mitglieder unseres Verbandes sind. Ein zentraler Tarifvertrag ist auch mit der Staatsregierung des Freistaats Sachsen abgeschlossen, ferner ein solcher mit der Staatsregierung des Freistaats Baden. Für Sachsen kommen 3000 Beschäftigte bzw. 2700 Mitglieder in Betracht. Für das staatliche Gesundheitswesen bestehen in Baden noch zwei besondere Tarifverträge, einer für die badischen Heil- und Pflegeanstalten und einer für die akademischen Anstalten in Heidelberg für 862 Beschäftigte, davon sind 302 Mitglieder unseres Verbandes. Für das badische Landestheater in Karlsruhe gilt ein besonderer Tarifvertrag. Im Freistaat Thüringen sind neben dem zentralen Tarifvertrag für die Verwaltungsarbeiter zwei weitere staatliche Verträge vorhanden; der eine davon gilt für das staatliche Gesundheitswesen mit 780 Beschäftigten, davon gehören 5 unserem Verbande an, der andere für das Landestheater in Weimar mit 132 Beschäftigten, davon sind 126 Mitglieder unseres Verbandes. Im Freistaat Hessen regeln drei mit der hessischen Staatsverwaltung abgeschlossene Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die hessischen Staatsarbeiter für insgesamt 961 Beschäftigte, von denen 696 Mitglieder unseres Verbandes sind. Dem Freistaat Mecklenburg ist der preussische Tarifvertrag für die Verwaltungsarbeiter bzw. das Gesundheitswesen übernommen. Insgesamt kommen 684 Beschäftigte bzw. 643 Mitglieder in Betracht. Im Freistaat Oldenburg ist ein staatlicher Tarifvertrag für die Heil- und Pflegeanstalt Wehnen und ein Tarifvertrag mit dem Staatsministerium für Reinigungsfrauen vorhanden. Im Freistaat Lübeck

besteht ein staatlicher Tarifvertrag für die staatlichen Forstarbeiter. Ein zentraler, das ganze Landesgebiet umfassender Tarifvertrag besteht noch im Freistaat Braunschweig für 147 Beschäftigte, von denen 117 Mitglieder unseres Verbandes sind.

Insgesamt bestehen zurzeit 27 Tarifverträge, die mit den verschiedenen Staatsverwaltungen abgeschlossen sind. Diese 27 Tarifverträge umfassen 1365 Betriebe mit insgesamt 33261 Beschäftigten, von denen 18910 Mitglieder unseres Verbandes sind. Die Mitglieder verteilen sich auf 13193 männliche und 5717 weibliche. Die hohe Anteilquote der weiblichen Mitglieder in Höhe von 43,2 Proz. an der Gesamtzahl, erklärt sich aus den vorhandenen Tarifverträgen für das staatliche Gesundheitswesen.

Unser Verband hat den Nachweis geführt, das beweisen die Zahlen aus den bestehenden Tarifverträgen, daß er die wirtschaftlichen Interessen der Lohnempfänger in Reichs- und Staatsbetrieben zu wahren wohl verstanden hat.

### Beamte

Freiburg i. B. Die Beamtenabteilung hielt ihre Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Geiler ist zu entnehmen, daß die Beamtenabteilung im verfloßenen Geschäftsjahr einen erfreulichen Fortschritt machte. 152 Mitglieder stehen im Dienste der Stadtgemeinde und des Arbeitsamtes, 40 Mitglieder im Dienste des badischen Staates. Kollege Geiler gab im großen Saal einen Überblick über die geschehenden Maßnahmen im verfloßenen Jahre auf dem Gebiete der Beamtenpolitik. Auf dem Gebiete der Besoldung brachte das Jahr 1925 auch nicht den kleinste Fortschritt. Das traurige Unrecht der Besoldungssaktion vom Mai und November 1924 blieb bestehen. Selbst ein Teil der parlamentarischen Vertreter des Deutschen Beamtenbundes zeigte nicht das Verständnis für eine soziale Ausgestaltung des Besoldungsrechtes im Interesse der unteren und mittleren Beamten. Was übrig blieb, war die kümmerliche Besoldungsbeihilfe, die das Daurrecht in den großen Kreisen der Beamten- und Angestelltenchaft bestehen läßt. Das Sperrgesetz, das Länder und Gemeinden an einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Besoldung hindert, wurde mit Hilfe von parlamentarischen Vertretern des Deutschen Beamtenbundes um ein Jahr verlängert! Auf dem Gebiete der Beamtenrechte wurden keine Fortschritte erzielt. Auch auf dem Gebiete der Schaffung einer wirksamen Berufsvertretung analog der Vertretung der Arbeiterchaft auf Grund des Betriebsratsgesetzes ist ebenfalls nichts geschehen. Die „Dienstvertragskämpfe“, in denen in der Regel höhere Beamte sitzen, sind zur Einstufungslosigkeit verurteilt und nur Verzweigungsbesetzung. Auf allen diesen Gebieten würde eine völlige Stagnation unmöglich sein, wenn der Deutsche Beamtenbund die Einsicht, den Willen und die Kraft aufbrächte, in gemeinschaftlicher Front mit der übrigen Arbeiterchaft zu kämpfen, wenn sich seine Führung ernstlich bemühte, gewerkschaftlicher Kampfmittel den Mitgliedern zu vermitteln und im Geiste gewerkschaftlicher Grundzüge und Schulung zu arbeiten. Aber von der Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist eine solche Entwicklung nicht zu erwarten. Und die Mitglieder im eigenen Lager, die in verschiedenen Bezirken und zu verschiedenen Zeiten erbittert zu protestieren wagten gegen diese ungewerkschaftliche Führung, wurden mit Nebenarten und Versprechungen wieder zur Ruhe gebracht! Kollege Geiler entwarf ein interessantes Bild der vielseitigen örtlichen Tätigkeit der Geschäftsleitung unserer Beamtenabteilung. Seine Mitteilung, daß der badische Städtebund bei der Reichs- und Landesregierung Schritte unternommen habe, um eine allgemeine Kündigung des Urlaubs für die Beamten- und Angestelltenchaft zu erreichen, erzeugte berechtigten Unwillen und Entrüstung. Die Kreise der städtischen Beamten- und Angestelltenchaft, die eine wirksamere Vertretung ihrer Interessen wünschten, müssen nicht übersehen, daß die Zusammenfassung der städtischen Kollegen einer solchen Vertretung sehr wenig günstig ist. Sie im Herbst dieses Jahres stattfindenden Gemeinderatswahlen bilden Gelegenheit, gegen solches Ansehen einmündig mit der wirksamen Hilfe des Gesamtorgans zu protestieren. Der Tätigkeit der Geschäftsleitung der Beamtenabteilung sprach die Versammlung Anerkennung aus. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, zwei Mitglieder wurden hinwegwählt. Eine kurze Aussprache über die Frage wirksamer Initiations- und Organisationsarbeit im laufenden Jahre bildete den Schluß der interessanten Versammlung. Es ist zu hoffen, daß die vielen Mitglieder der Beamtenabteilung im Saale des Deutschen Beamtenbundes, die mit der schon erwähnten, städtischen und gewerkschaftsfeindlichen Leitung des Bundes nicht einverstanden sind, künftig mehr als bisher die Entschlossenheit und Kraft finden, dem Bund den Rücken zu kehren und sich dem wirksamen Deutschen Beamtenbund anzuschließen, der sich in großzügiger und wirksamer Weise für die engeren und weiteren Interessen der Beamten- und Angestelltenchaft einsetzt. Der sich auch nicht scheut, in solidarischer Front mit der übrigen freigewerkschaftlichen Arbeiterchaft zu marschieren, dort, wo es die gemeinsamen Interessen der wertvollen Schichten der Hand- und Kopfarbeiter verlangen.

### Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage.

Wir beschäftigen uns im ersten Teil dieses Aufsatzes (vgl. Nr. 3 der „Gewerkschaft“) mit den Alkoholmengen, die das deutsche Volk jährlich verbraucht. Es entsteht nun die Frage, wie dem Volkstörper diese Alkoholmengen bekommen. Darüber mögen uns zunächst Statistiken aus den Kranken- und Irrenhäusern sowie aus den Trinkerrettungsstellen unterrichten.

Die Aufnahme Alkoholtrinker in die Provinzial-Irrenanstalten Westfalens betrug 1913 28 Personen, sie sank 1918 auf 1 und stieg dann 1919 auf 12, 1920 auf 15, 1921 auf 17, 1922 auf 22, 1923 sank die Ziffer auf 20 und stieg 1924 auf 50 (1). Der berichtende Arzt fügt hinzu, daß in diesen Ziffern nur eine kleine Spitzengruppe der tatsächlich vorhandenen Alkoholiker, nämlich die Gewohnheitstrinker „mit erheblichen assoziierten Eigenschaften“ enthalten seien. Säuerwahn wird in Westfalen meist in Krankenhäusern behandelt, manche vorübergehenden geistigen Störungen durch Alkoholismus sind bis zur Möglichkeit der Aufnahme bei der Ueberfüllung der Anstalten schon wieder abgeklungen. Ferner bleiben viele Gewohnheitstrinker, die der Aufnahme in die Anstalten bedürften, wegen des Vorurteils der Bevölkerung vor der Unterbringung in eine solche bewahrt.

Die badischen Trinkerfürsorgestellen teilten folgende Zahlen mit: In Mannheim waren bis vor kurzem insgesamt gemeldet 3118 Trinker und Trinkerinnen (1924 neu gemeldet 615), Heidelberg 328 (neu 66), Pforzheim 830 (neu 110), Karlsruhe 1088 (neu 107), Freiburg 804 (neu 89), Konstanz 413 (neu 96). Die Ursache sei einmal in der geschwächten körperlichen Widerstandskraft, sodann aber auch in der allgemeinen Zunahme des Alkoholverbrauchs, in der Mangelhaftigkeit der erzieherischen und gesetzgeberischen Vorbeugungsmaßnahmen zu suchen.

In der Irrenklinik der Universität Rön zeigen die Aufnahmen aus alkoholischer Ursache folgende Entwicklung:

1919 (1. Vierteljahr): 2 Prog. der Gesamtaufnahmen  
(2. „ „): 4 „ „ „ „  
(3. „ „): 7 „ „ „ „  
(4. „ „): 10 „ „ „ „

1923 waren 195 Alkoholfälle unter 1074 Aufnahmen = 18,1 Proz., 1924 bis 1. Juli 173 Alkoholfälle unter 682 Aufnahmen = 25,3 Proz. Trinkerfürsorgestelle Dresden: 1919 12 Zugänge, 1922 451 Zugänge.

Die Trinkerfürsorgestelle Essen berichtet: „Trotz der zunehmenden Berarmung und Arbeitslosigkeit Steigerung des Zugangs.“ (Wir möchten sagen: Gerade infolge zunehmender Not! D. N.)

Eine gewaltige Zunahme der Geisteskranken, überwiegend infolge Alkoholmißbrauchs, stellte vor kurzem die Deputation für das Gesundheitswesen der Stadt Berlin fest. In der betreffenden amtlichen Mitteilung wird berichtet, daß die Zahl der Irren, die die Stadt Berlin in Anstalten verpflegt, seit 1921 von rund 6600 auf rund 9600, also fast um 50 Proz., gestiegen sei. Der Bericht sagt wörtlich: „Eine wirkliche Zunahme der Geisteskranken

dürfte lediglich dem Alkohol, in ganz geringem Umfang auch den anderen Genußgiften zur Last fallen... Der Alkoholismus ist auf dem besten Wege, seine Friedensbedeutung (!) wiederzuerlangen.“

In der Kieler Universitäts-Nervenklinik kamen im Jahre 1914 auf je 100 Eingelieferte 18,1 Trinker. Diese Verhältniszahl ging während des Krieges zurück auf etwa 3 Proz. und stieg in den Nachkriegsjahren rasch, und zwar 1919 auf 4, 1920 auf 5,6, 1921 auf 10,1, 1922 auf 18,1 Proz., 1923 fiel sie infolge der wirtschaftlichen Entwicklung auf 12,3 Proz. und stieg 1924 wieder auf 14,9 Proz.

Die Statistischen Mitteilungen der Stadt Berlin unterrichten über die Todesfälle infolge akuter oder chronischer Alkoholvergiftung in Berlin. Wir können folgende Tabelle zusammenstellen:

**Todesfälle infolge akuter oder chronischer Alkoholvergiftung in Berlin.**

Jahr	Im Alter von										Gesamtdenzahl		
	0-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	70-80	über 70	m.	w.	m.	w.	
1921	—	—	—	6	16	2	11	2	4	1	—	37	5
1922	—	—	1	10	8	29	4	41	1	17	—	103	9
1923	—	—	2	10	2	14	1	17	—	11	—	58	4

In diesem Zusammenhang seien auch die Zahlen der gewalttätigen aus dem Leben gerissenen Personen (Selbstmord, Mord, Totschlag, Unglücksfälle usw.) angeführt, die ebenfalls zu einem großen Teil auf Konto des Alkohols zu setzen sind.

Jahr	Selbstmord			Mord und Totschlag			Beruigtötung od. endg. gewalt. Einwirkung			Gewalttät. Tod ohne näh. Angabe		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1921	802	551	1353	54	30	84	1007	526	1531	keine Angaben	—	—
1922	922	597	1519	69	33	101	862	464	1326	239	163	401
1923	896	581	1477	62	26	88	752	458	1210	232	148	380

Wie diese Zahlen zu bewerten sind, möge ein Abschnitt aus einem vor längerer Zeit erschienenen Buche Dr. Magnus Hirschfelds („Die Sünde Berlins“) zeigen. Der bekannte Arzt, heute Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft, schreibt:

„Seit 1904 besitzen die Berliner Ärzte ähnlich wie die Schweiz die Möglichkeit, unter Wahrung des Berufsgeheimnisses Todesursachen wie Syphtis, Selbstmord, Alkoholismus usw. anzugeben, die sie auf den Totenscheinen früher oft kaschierten, um die Familie nicht bloßzustellen. Es ist nämlich jedem Totenschein ein abtrennbarer Coupon beigegeben, auf dem, ohne daß der Name des Verstorbenen und Arzt genannt wird, Fragen über gewisse Todesursachen wie Alkohol, Syphtis gestellt sind. Da zeigte sich nun, daß, während auf dem Totenschein im Jahre 1904 nur bei 47 Männern und 8 Frauen Alkoholismus als tödliches Leiden vermerkt war, auf den Coupons in 895 Fällen, bei 821 Männern und 74 Frauen oder bei 4,70 Proz. der Männer und 0,5 Proz. der Frauen Alkoholismus als Todesursache notiert wurde. Die Berliner Prozentzahl, auf Deutschland übertragen, würde in einem Jahre 27 000 Todesfälle durch Alkoholismus ergeben. Aber selbst diese Ziffer ist ungenügend, da der Alkohol in vielen Fällen zunächst als Krankheitsursache und erst indirekt als Todesursache in Betracht kommt.“

### Ein Blick in die französische Literatur.

#### I. Reuzett.

Albert Schwegler schildert in seiner „Geschichte der Philosophie“ die Ursachen der großen französischen Revolution von 1789 mit den Worten: „Die Niedertlichkeit eines elenden Hofes, den slavischen Gehorsam, eine herrschsüchtige, heuchlerische, bis ins Mark verdorbene Pfaffenchaft, welche blinde Unterwürfigkeit — eine tief gesunkene Kirche, welche Ehrfurcht forderte, eine Staatsverwaltung, einen Rechtszustand, einen Zustand der Gesellschaft, der jeden denkenden Menschen und jedes sittliche Gefühl aufs tiefste empören mußte.“

Die Revolutionszeit und die darauf folgende Kaiserzeit waren der schönen Literatur nicht günstig. Das Fallbeil der Guillotine und der Trommelwirbel und Kanonendonner der Heere Napoleons ließen die Blüten der Dichtkunst kaum zur Entfaltung kommen. Dagegen feierte die politische Beredsamkeit in der Revolutionszeit die höchsten Triumphe. Mirabeau, Robespierre, Desmoulin und manche andere beherrschten durch ihre hinreißende Beredsamkeit die Volksseele, wie der Künstler sein Instrument. Napoleon begünstigte nur die Dichter, die seine kriegerischen Erfolge in ihren Dichtungen verherrlichten, und Frau von Staël mußte ihre freiere Sprache durch langjährige Verbannung büßen.

Die Zahl der Dichter und Schriftsteller von hervorragender Be-

deutung im 19. Jahrhundert ist eine ungemein große; ich muß mich auf die Anführung nur weniger Namen beschränken.

Die geistreiche Frau von Staël besaß eine lebhaft phantastische und eine ungewöhnliche Darstellungsweise. Ihre Romane „Corinne“ und „Delphine“ und besonders ihr Buch: „Deutschland“, wodurch die Franzosen erst eigentlich die deutsche Literatur kennenlernten, machten großes und berechtigtes Aufsehen. Sie war eine erbitterte Feindin Napoleons; sie hatte ihn einmal gefragt, wen er für die bedeutendste Frau halte? „Die dem Staat die meisten Kinder geschenkt hat!“ war die ironische Antwort.

Der bekannte Roman: „Paul und Virginie“ von Bernardin de Saint Pierre war 1784 erschienen. Der Dichter schildert darin die wundervolle Pracht der Tropenwelt und die leuchtende Liebe zweier junger Menschenkinder in berauscheden Farben. Seinen Spuren folgte Chateaubriand, der in seinem Roman: „René“ und „Atala“ in wahrhaft bezaubernder Sprache die feierliche Stille des nordamerikanischen Urwaldes und das Leben der Indianer beschrieb. Alphonse de Lamartine schrieb poetische Erzählungen und lyrische Gedichte, von denen der Dichter Gautier sagt, daß sie „wie ein Hauch der Frische und der Verjüngung, wie ein Füllgeschlag, der über die Seele streicht, die damalige Welt berührten“.

Zu derselben Zeit, als in Deutschland die Romantik in Blüte stand, hielt sie auch in Frankreich ihren Einzug. Der bedeutendste Vertreter der französischen Romantik war Victor Hugo. Seine

Ueber den Anteil des Alkohols bei Verkehrsunfällen unterrichtet die Statistik des Berliner Polizeipräsidiums. Im ersten Vierteljahr 1923 wurden 684 Zusammenstöße festgestellt, bei denen 54 auf Trunkenheit des Führers zurückzuführen waren. Im zweiten Vierteljahr fanden nicht weniger als 2816 Zusammenstöße statt, bei denen 43 Personen getötet und 1501 verletzt wurden. In 71 Fällen ist Trunkenheit des Führers als Ursache angegeben. Allerdings läßt sich nur in einem geringen Teil der Unfälle die Ursache einwandfrei nachweisen. Nach den Erfahrungen hat der Alkohol sicher auch bei vielen Unfällen, die durch zu schnelles Fahren oder falsches Ueberholen verursacht wurden, mitgewirkt. Es sollte zu denken geben, daß in einem Merkzettel, den die Schlegel-Scharpenfeet-Brauerei in Bochum für ihre Kraftwagenführer herausgegeben hat, die Forderung erhoben wird, sich vor und während der Fahrt des Alkoholgenusses möglichst zu enthalten.

Wenn tatsächlich so viele Verkehrsunfälle auf den Alkohol zurückzuführen sind, müßte demnach in Ländern, in denen ein Alkoholverbot besteht, ein Rückgang der Verkehrsunfälle festzustellen sein. Es ist interessant, unter diesem Gesichtspunkt die aus den Vereinigten Staaten vorliegenden Zahlen zu betrachten.

Durch den Sportteil verschiedener Tageszeitungen ging kürzlich eine Notiz, wonach die Zahl der durch Autounfälle getöteten Personen im Staate New York von 1092 im Jahre 1917 auf 1966 im Jahre 1923 gestiegen sei, in der Stadt New York in der gleichen Zeit von 551 auf 944, in beiden Fällen also fast auf das Doppelte. Daran wurde die Bemerkung geknüpft, daß das Alkoholverbot die erwartete Verringerung der Autounfälle also nicht gebracht habe. Die Zahlen an sich sind richtig. Es muß jedoch bei Beurteilung dieser Statistik das Anwachsen des amerikanischen Autoverkehrs in Betracht gezogen werden. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

Jahr	Tote durch Autounfälle in der Stadt New York insgesamt   in %		Zahl der in den Ver. Staat. regist. Autos insgesamt   in %		Zahl der in den Ver. Staat. produz. Autos insgesamt   in %	
1917	551	100	5 104 321	100	1 868 949	100
1923	944	171,6	14 500 000	284,0	4 014 000	214,7

Wenn man die enorme Steigerung der in Amerika eingetragenen Automobile mit der Zahl der durch Autounfälle Getöteten vergleicht, ist die letzte Ziffer immerhin gering. Sie müßte im Verhältnis der Steigerung der registrierten Automobile rund 1690 betragen, sie ist also relativ wirklich zurückgegangen.

\* \* \*

Als einziger deutscher Staat führt Bayern allein eine Alkoholfraßstatistik. Im Jahre 1924 wurden bei den bayrischen Gerichten 505 (im Vorjahre 882) Beurteilungen von Personen rechtskräftig, die die strafbare Handlung im Zustand der Trunkenheit begangen hatten, und 11 (18) Beurteilungen von Personen, deren strafbare Handlung auf gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuss zurückzuführen war.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Frage des Zusammenhangs zwischen Alkohol und Verbrechen liefert die Sozialabteilung der schwedischen Gefängnisverwaltung. Das Material wurde von den

zahlreichen lyrischen und dramatischen Dichtungen sind in einer hinreichenden, begeisterten Sprache geschrieben. Von seinen Romanen, die von seiner reichen Phantasie zeugen, ist wohl „Der Glöckner von Notre-Dame“ der bekannteste.

Alfred de Musset war der größte Lyriker dieser Zeit. Schon im Alter von 19 Jahren erregte er mit seinen poetischen Reiseberichten aus Spanien und Italien allgemeine Bewunderung. Seine lyrischen Dichtungen sind so zahlreich, die Sprache so unvergleichlich schön, daß seine Gedichte schon allein eine Blütezeit der französischen Lyrik darstellen. In seiner Tragödie „Lorenzaccio“ hat er die aus eigener Lebenserfahrung geschöpfte Tatsache dargestellt, daß, wer einmal den Weg der Ausschweifung, Trunksucht oder dergleichen beschritten hat, fast nie wieder zurückfindet. Hier ist einmal nicht keimlos, sondern hundertmal.

Aurore Dudevant, die unter dem Namen „George Sand“ schrieb, war die Idealistin der französischen romantischen Schule. Sie besaß eine scharfe Beobachtungsgabe und hatte Gelegenheit genug, die Schwächen ihrer Mitmenschen kennenzulernen. Trotzdem schildert sie in ihren zahlreichen Romanen die Menschen nicht wie sie wirklich sind, sondern wie sie ihr, poetisch verklärt, im Lichte ihres Idealismus erscheinen. Ein inniges Freundschaftsverhältnis verband sie mit den Dichtern Mérimée und Musset und dem genialen Virtuosen Chopin, dann schenkte sie den Stiefkindern des Glücks ihre Liebe, der sie in einer Reihe sozialistischer Romane

Gefängnisgeftlichen gesammelt und bezieht sich auf das Jahr 1923. Von den 2159 Personen, die im genannten Jahr in die schwedischen Strafanstalten eingeliefert wurden, waren 821 Trinker, von den übrigen 155 zurzeit der Tat betrunken, was auch bei 457 der gewohnheitsmäßigen Trinker der Fall war. Bei den gewalttätigen Handlungen spielte der Alkohol in 72 Proz. der Fälle eine Rolle, in 241 von 423 Fällen handelte es sich hierbei um Gewohnheitstrinker, in 65 nicht an sich trunksüchtige, aber in trunkenem Zustand befindliche Täter. Bei den Eigentumsvergehen war der Anteil des Alkohols geringer, betrug jedoch immer noch 41,7 Proz.

Ueber das Thema: „Wie läßt sich die Kriminalität vermindern?“ machte unlängst in der „Täglichen Rundschau“ Kriminalkommissar Schulp-Effen recht beachtliche Ausführungen. Er schreibt:

„Einen besonders großen Anteil an den Ursachen vieler Verbrechen nimmt der Alkoholmißbrauch ein. Besonders sind es Raubdelikte, die überwiegend in angetrunkenem Zustande verübt werden. In derartigen Strafsachen wird als Entschuldigung fast immer mehr oder weniger starke Trunkenheit angegeben; dasselbe gilt bei Anzeigen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Es werden jedoch nicht nur viele Verbrechen von Personen in angetrunkenem Zustande verübt, sondern auch an Personen, die sich im Alkoholrausch befinden. Sind doch erfahrungsgemäß die weitest meisten Raubüberfälle auf einzelne Personen nur dadurch möglich gewesen, daß diese als angetrunken erkannt, verfolgt und beraubt wurden. Der angetrunkene Zustand machte die Ueberfallenen so gut wie wehrlos. Zweckmäßig sind hier Hinweise auf die Folgen des Alkoholmißbrauchs bei jeder sich bietenden Gelegenheit.“

Und das gilt nicht nur für den Anteil des Alkohols bei Verbrechen, sondern auch in bezug auf Unfälle und auf die gesundheitlichen Folgen des Alkoholmißbrauchs. H. E. G. G. o. w. - Kaulsdorf.

### Kleine Bilder aus kleinem Land.

Naht eure deutschen Maßstäbe zu Hause! Das ist das erste und wichtigste, was man jedem Deutschen sagen muß, der irgend etwas an Dänemark beurteilen will. Dieses Land hat 3 1/2 Millionen Einwohner, seine größte Stadt, Kopenhagen, hat 750 000 Einwohner, die nächstgrößte 80 000, die Firma mit der größten Arbeiterzahl ist die Schiffswerft Burmeister u. Wain mit 3000 Beschäftigten, die größte Gewerkschaft ist die der ungelerten Arbeiter mit 90 000 Kollegen und sie ist noch dazu eine Ausnahme, denn gleich die nächstgrößte, die der Metallarbeiter hat nur 28 000 Mitglieder.

Dafür gibts aber „Kleinigkeiten“ genug hierzulande. So hat die Landesorganisation der Bildhauer 75 Mitglieder — und wenn sie Landeskongresse abhält, spart sie Delegiertenwahlen. Eine andere Kleinigkeit amüsiert gerade die politischen Kreise. Der Hutmacherverein Kopenhagen, der gleichzeitig die Arbeitgeberorganisation der Herrenhutfabrikanten ganz Dänemarks ist, hat in einer Eingabe des Ministerium um Unterstützung gebeten „zur Berhinderung der Verschwerung des Arbeitsmarktes durch arbeitslose Hutmacher.“ Auf die indiskrete Frage, wieviel Arbeiter die Herrenhutindustrie Dänemarks beschäftigt, kam die Antwort: 7 männliche und 10 weibliche Arbeiter! Der Parlamentsausschuß, der das Gesuch der „Hutindustrie“ aber vorschriftsmäßig behandeln wird, besteht aus 15 Mitgliedern!

Ausdruck verlieh. Schließlich fand sie die Seelenruhe in ländlicher Zurückgezogenheit, wo sie eine Anzahl lieblicher Dorfgeschichten schrieb. Man zieht sie der Schuld an dem frühen Tode des Dichters Musset; aber mit Unrecht, denn erst nach seinem Bruch mit George Sand hat er seine wertvollsten Dichtungen geschaffen. Erich Reyer sagt in seiner Literaturgeschichte der Neuzeit: „Unschwer ist zu erkennen, daß, wie so oft, die Tränen des Liebeschmerzes der befruchtende Tau für die schönsten Blüten eines Dichterbergens geworden sind.“ Vor dieser Tatsache allein schon zerfällt die übliche Anklage gegen George Sand in nichts.

Béranger vermochte es durch sein Genie, dem französischen Volksthum neues Leben einzubringen und war lange Zeit der vergötterte Liebling der Pariser. Für die französische Arbeiterkassette wirkte noch heute seine revolutionären Gedichte begeisternd. — Sue, Dumas und ihre Nachahmer fabrizierten Romane in Menge. Sie wollten nur Geld verdienen, und das haben sie auch meisterlich verstanden; soll doch Sue der Roman: „Der ewige Jude“ 200 000 Frank eingebracht haben.

Die romantische Dichtung hatte in Frankreich keine lange Lebensdauer; an ihre Stelle trat der Naturalismus. Die Dichter dieser Richtung wollten die Wirklichkeit darstellen, nicht nur die Lichtseiten des Lebens in den Palästen, sondern auch seine Schattenseiten. Sie wollten nicht nur das Leben in den Palästen, sondern auch das Elend in den Hütten der Armut beschreiben, und schreckten auch nicht

Aus der liberalen Zeit hat sich im dänischen Versammlungs- wesen ein nicht übler Brauch bewahrt. Wenn eine Stadt genau Bescheid über die Programme der einzelnen Parteien haben will, setzt sie eine Versammlung an, und fordert alle Parteien — es gibt nur 4, mit den unbedeutenden Kommunisten 5 — auf, einen Redner zu stellen. Die Redner erhalten eine runde Stunde Redezeit. Schluß- wort gibt es gewöhnlich nicht, dagegen nach Beendigung aller Referate eine Kaffeetafel, an der Redner und Versammlungsbefucher teilnehmen können, und bei der „zwanglose Fragen“ von den Referenten beantwortet werden.

Kleine Bemerkungen sind im dänischen politischen Kampf über- haupt sehr beliebt. Wenn im Reichstag ein Punkt der Tagesordnung fertig behandelt ist, findet eine Diskussion in Form kleiner Be- merkungen statt, die mitunter stundenlang dauert. Aber jeder, der sich zum Wort meldet, darf höchstens 2 Minuten reden, und sein Gegner bekommt sofort das Wort zu einer ebenso langen Antwort. Das kann mitunter sehr unterhaltsam sein. So warf bei einer Militärdebatte ein konservativer Redner dem Wortführer der Sozial- demokraten vor, daß er kein Verständnis für die neuen Waffen, die der Weltkrieg geschaffen habe, zeige. Sofort protestierte der Sozial- demokrat lebhaft und bemerkte: „Im Gegenteil, ich bin absolut für die Reibelbomden zum Beispiel, dann kann sich das dänische Heer wenigstens unsichtbar machen, wenn jemand so unhöflich sein sollte, es anzugreifen.“

Auch Traditionen hat Dänemark. Eine dieser ist es, daß die Gardisten, die vor dem königlichen Schloß stehen, präsentieren, wenn nach einem Ministerwechsel der Abgeordnete, der vom König die Bestallung als Ministerpräsident (Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts) bekommen hat, das Schloß verläßt. So auch das letzte- mal, als der Sozialdemokrat Stauning vom König zum Minister- präsidenten ernannt worden war. Als der Vorgänger Staunings in das Schloß hineinging, um seinen Abschied vom König entgegen- zunehmen, präsentierte die Wache, denn er war ja noch Minister- präsident, als er aber wieder herauskam, drehte ihm die Wache gleichgültig den Rücken zu, denn er war ja nur mehr Abgeordneter. Umgekehrt ging es Stauning. Als er in das Schloß hineinschritt, beachtete die Wache ihn nicht, denn er war ja ein ganz gewöhn- licher Sozialdemokrat, aber dann paktete die Posten auf wie die Schießhunde, denn er kam ja als neugeborener Ministerpräsident heraus. Und dabei passierte das Ungeheure. Das Tor ging auf, ganz langsam, die Posten rissen die Knochen zusammen, präsentierten — und es war nur der Wilschunge, der stolz und erhaben zwischen den präsentierenden, Augen rechts und links nehmenden Gardisten hindurchschritt. Natürlich schmunzelten die vielen Parteigenossen, die Stauning auf seinen Ehrengang zur Ent- gegennahme des ersten sozialistischen Ministeriums begleitet hatten. Und dann ging wieder das Tor, die Arbeiter schrien „Hurra für Stauning“, die Garde präsentierte wieder — diesmal stimmte es.

Ran denke nun nicht, daß in diesem kleinen Land alles Idyll ist. Das kapitalistische Zeitalter prägt Dänemark wie jedes Land, vielleicht noch mehr. Hier sei nicht von den Krisen geredet, die Däne- mark nie vergessen haben auf ihrem Wege, ob sie in Europa oder Amerika begannen, und die zurzeit wieder das Land verheeren. Eine

davor zurück, das Hässliche und Widrige zu schildern. — Man kann Honoré de Balzac den Vater des französischen Naturalismus nennen, weil er in seinen späteren Romanen die Wirklichkeit ohne jede Beschönigung dargestellt hat. Seine ersten 30 Romane, die er unter fremdem Namen veröffentlichte, schwimmen noch ganz im Fahrwasser der Romantik. Dann sah er den kühnen Plan, die französische Geschichte von Karl dem Großen bis zur Gegen- wart, nach dem Vorbilde des englischen Dichters Scott, in einer Reihe von Romanen zu beschreiben. Hierauf verfaßte er eine Reihe von Romanen, deren Inhalt er im Gegensatz zu Dantes „Göttlicher Komödie“, „Die menschliche Komödie“ nannte, worin er mit großer Meisterschaft all die Irrungen und Wirrungen des menschlichen Le- bens schildert. Seine berühmtesten Romane sind: „Die Frau von 30 Jahren“ und „Eugenie Grandet“. In letzterem Roman schildert er in ergreifender Weise die Wirkungen der Habgucht und des Geizes. Balzac war sehr vielseitig, er war häufig Schriftsteller, Gelehrter, Drucker und Verleger zu gleicher Zeit.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der Geschichte des französischen Naturalismus bildet das innige Zusammenleben, Wirken und Schaffen der Brüder Edmond und Jules de Gon- court. Bis zum Tode des jüngeren Bruders Jules, der nur ein Alter von 40 Jahren erreicht hat, hatten beide Brüder an ihren sämtlichen poetischen Schöpfungen gleichen Anteil. Ihre Romane: „Germine Lacerteur“, „Manette Salomon“ und „Madame Ger-

andere kapitalistische Erscheinung trifft auf dieses Land mehr zu als auf größere. Eine dänische sozialistische Zeitschrift schreibt in ihrer letzten Nummer die bitteren Worte: „Dänemark ist in Wahr- heit eine Kolonie des Imperialismus, ein Markt für das internationale Kapital.“ Nichts ist treffender als dieser Satz. Während des Krieges bestand die dänische Außenpolitik darin, sich zwischen den deutschen und englischen Forderungen durchzuwinden. 1919 lag ein englisches schweres Kreuzergeschwader triegsmäßig aus- gerüstet im Kopenhagener Hafen und bereitete sich darauf vor, Kopenhagen als Aufmarschbasis zur Intervention gegen Rußland einzurichten. Unter dem Schutze der englischen Schiffskanonen bildete sich in Kopenhagen ein Freiwilligenkorps, das unter dem Salut der Schiffe zur Armee Judentum nach Estland in See stieß. Die damalige liberale Regierung wagte nicht zu protestieren, und wer weiß, wie es gekommen wäre, wenn nicht Lloyd George schließlich, durch den Widerstand der englischen Arbeiter ersperrt, die Inter- ventionsabsichten fallen gelassen hätte. Seitdem spielt der Welt- staatenkapitalismus „nur“ wirtschaftlich Ball mit dem kleinen Däne- mark. Als der Sterling Anjang vorigen Jahres stabilisiert worden war, stürzte sich die internationale Spekulation auf die dänische Krone. Der dänische Reichstag hatte zwar beschlossen, daß die Krone vorläufig auf 64 festliegen sollte — aber was kümmert die Geldleute ein Reichstagsbeschl. Innerhalb weniger Monate war die Krone auf 90 heraufgetrieben. Mit fremdem Geld, wie folgende Zahlen zeigen. Neujahr 1924 lagen in dänischen Banken 125 Mil- lionen in Dollar und Pfund, aber September 1925 200 Millionen. Dann hatte die Spekulation genug verdient. Sie zog ihr Geld wieder zurück und heute liegen nur 130 Millionen Kronen aus- ländischer Guthaben in dänischen Banken. Neunzig Prozent der von Dänemark exportierten Autos stammen aus den ausländischen in Kopenhagen angelegten Filialfabriken, Ford, General Motors, Citroen. Neunzig Prozent der dänischen ausländischen Anteile stammen von New York, in den größten Firmen des Landes ar- beitet man in der Hauptsache mit amerikanischem und englischem Geld, wenn nicht überhaupt der Hauptteil des Aktienkapitals in ausländischen Händen ist.

Das ist die Rehrseite der Doylle — und niemand weiß zu sagen, wie dem völligen Verschlußwerden durch das ausländische Kapital vorgebeugt werden könnte. Auch die Arbeiterschaft nicht, denn jetzt Amerika oder England heute kein Kapital aus dem Lande, so muß morgen die Hälfte der Betriebe schließen. Das ist die große Sorge Dänemarks, die unentrinnbare Sorge.

R. S. Haupt, Kopenhagen.

• Betriebsräte •

Wegen einer aus der Betriebsratselgenenschaft beruhenden Hand- lung kann ein Mitglied der Betriebsvertretung nicht auf Grund der Arbeitsordnung bestraft werden. Das Heeresbetriebsamt in R. hatte gegen ein Mitglied der Betriebsvertretung auf Grund der Ar- beitsordnung 1 Mark Strafe festgesetzt und diesen Betrag vom Lohn einbehalten. Der Kollege klagte darauf beim ordentlichen Gericht

vaisais“ sind mit seltener Beobachtungsgabe dem Leben getreulich abgelaußt. Nach dem Tode Jules schrieb Edmond den Roman: „Die Brüder Jemganno“, ein rührendes Denkmal brüderlicher Liebe. Emile Zola war unzweifelhaft der bedeutendste und er- folgreichste aller französischen naturalistischen Dichter. Er besaß eine unerschöpfliche Arbeitskraft, einen ungewöhnlichen Reichtum der Phantasie und scheute keine Mühe, allen Erscheinungen des Lebens bis in ihren letzten Schlupfwinkel nachzuspüren. Zola hatte eine pessimistische Weltanschauung, er sah in der ganzen Natur- und Menschenwelt mehr Schlechtes als Gutes; die Vererbung giftiger und körperlicher Eigenschaften war ihm wissenschaftliche Tatsache. Sein Hauptwerk bildete die lange Romanreihe „Rougon-Macquart“, natürliche und soziale Geschichte einer Familie unter dem zweiten Kaiserreich. Die größte Verbreitung in allen Kulturländern fanden besonders die Romane: „Anna“ (die Kokottenwirtschaft), „La Terre“ (das Land: die Bauern) und „Germinal“ (das Leben der Berg- arbeiter). Suchter sagt in seiner französischen Literaturgeschichte: „Germinal“ schildert einen Arbeiterausstand, das Elend und Laster in den Bergwerksdistrikten. Er ist unter den sozialen Romanen seit Hugo „Die Elenden“ das stärkste dieser Gattung. Eine künstlerische Fähigkeit, die tatsächlichen Erscheinungen des Lebens wiederzugeben, wirkt hier mit zwingende Kraft auf Gemüt und Einbildung. Der geschilderte Gegenstand übt durch greifbare Fülle und kompakte Reichhaltigkeit eine erdrückende Massenwirkung aus.“

auf Auszahlung des Betrages. Das Amt behauptete vor Gericht, daß der Kläger sich eines Verstoßes gegen die von ihm bei Begründung des Vertragsverhältnisses zwischen den Parteien anerkannte Arbeitsordnung habe zuschulden kommen lassen und deshalb zu Recht mit einer Geldstrafe von 1 Mark bestraft worden sei. Gemäß den Bestimmungen der Arbeitsordnung sei diese Forderung gegen die Lohnforderung des Klägers ausgerechnet worden. Der Kläger bestritt die Forderung und behauptete, daß, wenn er sich überhaupt eines Verstoßes gegen die Arbeitsordnung habe zuschulden kommen lassen, diese hier nicht Anwendung finden können, da er zu der in Frage kommenden Zeit Mitglied des Betriebsrats war und lediglich in seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied gehandelt habe. Die Arbeitsordnung fände aber nur auf Arbeiter Anwendung. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und verurteilte das Amt zur Zurückzahlung des einbehaltenen Betrages.

**Gründe:** „Unstreitig ist, daß dem Kläger eine rechtliche Lohnforderung von einer Mark zustand. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte, selbst wenn er eine gleich hohe Forderung auf Grund der Arbeitsordnung gegen den Kläger gehabt hätte, diese Forderung gegen die Lohnforderung des Klägers aufrechnen dürfte. Der Beklagte hat für seine Forderung gegen den Kläger keinerlei Beweis erbracht. Er hat vielmehr die Einwendungen des Klägers gegen seine Forderung nicht bestritten und bestätigt, daß der Kläger damals Betriebsratsmitglied war. Aus den Bestimmungen der vorgelegten Arbeitsordnung ergibt sich aber, daß diese nur auf Arbeiter Anwendung findet. Ein Anspruch des Beklagten gegen den Kläger wegen Klärlegung der Arbeitsordnung war also nicht entstanden. Es fehlte demnach überhaupt an einer Forderung zur Aufrechnung gegen die Lohnforderung des Klägers. Dem Antrage des Klägers war daher stattzugeben.“ (Urteil des Amtsgerichts in Königsberg i. Pr. vom 1. September 1925, Aktz. 9 C 1470/525.)

Wenn Betriebsratsmitglieder nach achtschändiger Arbeitszeit die Arbeit verlassen haben, weil das tarifliche Ueberzeitabkommen abgefallen war, berechtigt dieses den Arbeitgeber nicht zur fristlosen Entlassung. Nach Rißer 3 des § 123 der Gewerbeordnung ist die fristlose Entlassung dann statthaft, wenn der Arbeiter die Arbeit unbefugt verläßt oder den ihm nach dem Arbeitsvertrag obliegenden Verpflichtungen nachzukommen sich beharrlich weigert. Es ist nicht feststellbar, daß der Kläger seine Arbeit unbefugt verlassen hätte. Nachdem das Ueberzeitabkommen erlosch, bestand der Achtstundentag wieder zu Recht. Die aus der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 erhellenden Vorschriften enthalten öffentliches Recht, sie sind daher der Parteivereinbarung entzogen. Es ist demnach nicht entscheidend, welche Uebung bisher für die Zeit galt, was tarifliche Vereinbarungen weggefallen sind und neue noch nicht an ihre Stelle getreten waren. Am 21. April 1925, als der Kläger die Arbeitsstelle verließ, war die achtschändige Arbeitszeit erreicht. Der Kläger hat also nicht unbefugt die Arbeit verlassen. Im Gegenteil: Auch der § 11 der angezogenen Verordnung zueinanderhandelt. Aus dem selben Grunde liegt für den 21. April 1925 auch keine beharrliche Weigerung von Verpflichtungen vor, die dem Kläger oblagen. Auch in der Kundgebung, am anderen Morgen die Arbeit erst um 7 Uhr zu beginnen, kann eine solche Verweigerung nicht gefunden werden.“ (Urteil des Landgerichts

Münster vom 23. Oktober 1925, Aktz. 2 G. 372 — 25 G. G. 24. 25.) — Dieses gilt selbstverständlich auch für die übrigen Arbeiter, die der Betriebsvertretung nicht angehören.

### Aus der Spruchpraxis

**Verpflichtung einer Gemeinde zur Zahlung eines Zuschlages von 100 Proz. auf Grund einer vom Reichsarbeitsgeberverband beanstandeten Bezirksvereinbarung.** — Zu § 13 RARL. Gemeindearbeiter 1925. Für den Bezirk Ostmark war auf Grund des § 13 RARL. ein Zuschlag von 100 Proz. vereinbart worden. Diese Vereinbarung wurde nach zwei Monaten vom Reichsarbeitsgeberverband als gegen den RARL. verstößend unter Androhung einer Vertragsstrafe beanstandet. In Landsberg a. W. erhielten darauf die Arbeiter für den Bußtag nur 50 Proz. Zuschlag. Vier Arbeiter klagten darauf den Restbetrag beim Gewerbegericht ein. Das Gericht entschied unter dem Vorbehalt von Stadtrat Dr. Fikner zu ihren Gunsten.

**Gründe:** „Die Bezirkszusatzvereinbarung vom 11./12. Juni 1925 ist von der im RARL. vorgesehenen Schiedsstelle als Schiedsspruch verkündet und von den Bezirksorganisationen der brandenburgischen Gemeindearbeitgeber und -arbeitnehmer angenommen worden. Der Einspruch des Kommunalen Bezirksarbeitsgeberverbandes für die Ostmark gegen die Bezirkszusatzvereinbarung zu § 13 Absatz 2 des RARL. ist auf Veranlassung des Reichsarbeitsgeberverbandes erfolgt, der die Rechtswirksamkeit der genannten Bestimmung erstmalig am 18. August 1925 gegenüber dem Bezirksarbeitsgeberverband für die Ostmark anfocht und letzteren unter Androhung einer Vertragsstrafe von 50 Mk. aufforderte, die Abänderung der Bezirkszusatzvereinbarung zu § 13 Satz 2 RARL. herbeizuführen. Die Kläger haben mit Recht geltend gemacht, daß eine derartige verspätete Beanstandung einer gültigen Tarifbestimmung gegen Treu und Glauben verstößend wäre. Wenn dem Reichsarbeitsgeberverband überhaupt das Recht zustehe sollte, durch Festlegung von Vertragsstrafen seine Bezirksorganisationen zur Nichterhaltung von Bezirkstarifbestimmungen zu zwingen, und auf diesem Wege eine Entscheidung über die Rechtswirksamkeit von Bezirkstarifbestimmungen herbeizuführen, so müßte diese Beanstandung zum mindesten innerhalb einer angemessenen Frist erfolgen. Im Zweifelsfalle würde die angefochtene Bezirkstarifbestimmung durch sündige Anwendung und Befolgung seitens der Vertragsparteien doch Rechtswirksamkeit erlangen haben. Das von ihm angewandte Verfahren der Festlegung von Vertragsstrafen ist nicht geeignet, die durch den Abschluß von Tarifverträgen erstrebte Rechtssicherheit zu fördern. Für das Gericht stellte die Bezirkszusatzvereinbarung als angenommener Schiedsspruch der Bezirksschiedsstelle eine gültige Bezirksvereinbarung dar. Ein Eingehen auf die von den Parteien aufgeworfene Frage der Auslegung der streitigen Bestimmung erübrigte sich, da derartige Fragen gemäß § 6 der Schiedsstellenordnung dem obersächsischen Rechtswege entzogen sind. Es handelte sich lediglich um eine Anwendungssfrage, für die bei Einzelstreitigkeiten gemäß § 6 Absatz 2 der Schiedsstellenordnung der Rechtsweg ausdrücklich zugelassen ist. Die Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges war daher zu verwerfen. Da die Höhe der Forderung unstrittig war, war wie gesehen zu erkennen.“ (Urteil des Gewerbegerichts Landsberg a. d. W. vom 8. Januar 1926.)

Guy de Maupassant war gleichfalls bestrebt, in seinen Romanen und Erzählungen die Wirklichkeit getreu zu schildern. Seine Schöpfungen tragen den Stempel des echten Naturalismus, ohne jede romantische Uebertreibung. Er liebte es, komische Situationen darzustellen; was mag wohl dazu beigetragen haben, daß seine Romane und Novellen: „Stark wie der Tod“, „Der Friede in der Ehe“, „Die unnütze Schönheit“, „Schöner Freund“ auch im Auslande weite Verbreitung fanden.

Romain Rolland beschrieb die Lebensgeschichte eines begabten deutschen Musikers in einer Reihe von zehn Romanen. In Deutschland Deutschenshaffer, wird er in Frankreich Franzosenfeind. Durch seine musikalische Befähigung findet er Gelegenheit, in allen Gesellschaftskreisen zu verkehren, die er dann in seinen Romanen in scharfer satirischer Beleuchtung darstellt.

Alphonse Daudet hat zwar wie viele andere französische Schriftsteller im Kriege 1870 weidlich auf Deutschland geschimpft, aber wir wollen es ihnen nicht nachtragen; die Franzosen sind nun einmal stärkere Hasser als wir. Daudets lyrische und erzählende Dichtungen, in denen sich Anmut der Sprache, Witz, Ironie und ein eigenartiger Humor vereinen, fanden in allen Kulturländern zahlreiche Leser. „Die wunderbaren Abenteuer Tartarins aus Larascon“, „Fromont junior und Rister senior“, „Die Könige im Exil“ und „Ruma Roumestan“ sind seine bekanntesten Schöpfungen.

Anatole France verdient nicht nur als Dichter, sondern zugleich als edler Menschenfreund unsere Bewunderung und hoch-

achtung. Er war in alle Wissenschaften, in alle menschlichen Erkenntnisse tief eingedrungen und dennoch sagt er in seinem „Garten Epiturs“, daß einfältige Freude am Schönen und natürliche Herzengüte wertvoller sind als alle Intelligenz. Der märchenhafte Zauber seiner Sprache entzückt uns immer wieder aufs Neue, gleichviel, ob wir seine heiteren oder ersten Erzählungen lesen. Durch seine Dichtungen: „Unsere Kinder“, „Ballhagar“, „Thais“, „Die Gartliche der Königin Gansfuß“, „Die Sache Crainquebille“ und „Die Pinguineninsel“ und durch seine Menschenliebe hat er seinen Namen mit unvergesslichen Vetteren ins Buch der Unsterblichen eingetraget. Er war ein starker Werber für den Sozialismus.

Das moderne Drama wurde von Augier, Dumas Sohn, Sardou und vielen anderen eifrig gepflegt. Viele ihrer Stücke handeln von Ehebruch und Börsenschwindel, fanden aber trotzdem, oder vielmehr gerade deshalb, auch im Auslande willige Aufnahme.

Schließen wir mit einigen Versen des Lyrikers Baudelaire: „Dem Menschen sind, sein Lösegeld zu zahlen, Der Felder zwei von dem Geschick gegeben, Daß mit des Geistes Pflug er sie durchs Leben hindurch tiefgehend pflüge unter Qualen. Und soll nur die geringste Rose sprießen, Ein Dornstrauß nur sich mühsam aufwärts quälen, So darf er nimmer sparen, nimmer zählen Die salzigen Tropfen, die den Boden gießen.“

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

**Großhandel und Genossenschaften.** Der Kampf um die Kundenschaft hat im Zeichen der andauernden Wirtschaftskrise stärkere Formen bekommen als je. Erklärlicherweise. Denn der Verbraucher ist der eingeborene Arbeitgeber der Produktion und des Handels. Er steht über diesen beiden Formen des Wirtschaftslebens und wenn er mit organisiertem Bewußtsein seine Konsum- und Kaufkraft auf die Wirtschaftsunternehmen konzentriert, die nach Qualität, Preis und sozialen Bedingungen seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen und hauswirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann haben die anderen ganz einfach das — nachsehen. Die stärksten Industrie- und Handelskartelle, soweit sie in Produktion und Handelsbetrieb auf die Hauswirtschaft eingestellt sind, zerbrechen an dem Willen des Verbrauchers, wenn er sich mit Millionen anderen auf ein bestimmtes Ziel konzentriert. Darum ist es auch verständlich, wenn der Kampf gegen die Genossenschaften im allgemeinen und gegen die Konsumgenossenschaften im besonderen ein organisierter Kampf geworden ist. Diese Tatsache verleiht nicht nur dem Kampf an sich, sondern auch seinem Objekt die große Bedeutung, die ihm ohne weiteres innewohnt. Und der Zentralverband des deutschen Großhandels weiß sehr wohl, warum er seine organisierte Einkaufskraft vor allem gegen die Konsumgenossenschaften richtet. Denn sie verkörpern organisiertes Wirtschaftsleben und vertreten eine neue Wirtschaftsgestalt, die der privatwirtschaftlichen direkt entgegengesetzt ist. So ist im letzten Viertel des verfloßenen Jahres bekanntgeworden, daß der Zentralverband des Großhandels bei einer Tagung in Berlin dem Genossenschaftswesen offenen Kampf angesagt hat. Was nicht ohne Bedeutung ist, wenn man weiß, daß sein parlamentarischer Einfluß auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags stark genug war, um die Doppeldeckerung der Genossenschaften beim Warenverkauf als freizuhalten. Der für die Tagung veröffentlichte Geschäftsbericht dieser größten und einflussreichsten privatwirtschaftlichen Handelsorganisation geht bei seiner Kampfanlage davon aus, daß die Genossenschaftsfrage für den Großhandel an Bedeutung und Ernst ständig zunehme. Infolgedessen wurde eine Genossenschaftskommission gebildet, die den Beschluß faßte, daß der Zentralverband des Großhandels „mit erhöhter Aktivität seine wirtschaftspolitische Tätigkeit auf dem Gebiete der Genossenschaftsbelebung fortsetze“ und daß er „insbesondere dann seinen ganzen Einfluß einsetze, wenn er durch Sachverbände ersucht wird, bei der Lösung des Genossenschaftsproblems durch Einwirkung auf die Industrie mitzuwirken“. Die Kampfanlage in dieser Form ist äußerst interessant, denn sie enthält nicht nur die Interessengemeinschaft von Industrie und Großhandel und der für beide Wirtschaftszweige vorhandenen Kartelle, sondern auch die Quellen der willkürlichen Preissteigerungen, von denen die Verbraucherinnen dann und wann überrascht werden. Und so wird es auch verständlich, wenn einer der Beschlüsse weiterhin fordert, „daß der Großhandel in dem ihm verfassungsmäßig garantierten Recht, ohne Einwirkung von Staats wegen frei seinen Gewerbebetrieb betätigen zu können, in keiner Weise beschränkt wird“. Diese ganze Stellungnahme paßt wunderbar zu der Politik des Preisabbaus, und wer heute noch daran glaubt, daß Industrie und Großhandel sich dazu ergeben, auch nur ein Jota von ihrem angestammten Profitrecht abzulassen, zählt eines Tages mehr für seinen Glauben, als er es ohnehin tun muß.

Wenn man so sieht, wie bitterernt es dem Großhandel und der Industrie ist, bei der „Lösung des Genossenschaftsproblems mitzuwirken“ und diese Lösung in einem „Kampf des aufs Weser“ — will heißen: um den letzten Kunden! — sucht, so wird man anzunehmen müssen, daß vor allem die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Verbraucherinnen daraus die Erkenntnis gewinnen, daß es sich um ihre Sache handelt. Die Konsumgenossenschaften und Einfluß dieses Kampfes wohl: denn gelänge es, die Konsumgenossenschaften in nennenswertem Maße von der Warenverteilung auszuscheiden und die guten Kräfte zur genossenschaftlichen Nahrungsmittelproduktion zu zerstören, so würden Industrie- und Handelskartelle zusammen mit dem auch schon sehr gut organisierten, auf alle Fälle aber vom Großhandel abhängigen Kleinhandel eine Preisbillitatur einrichten, daß den Verbrauchern Hören und Erben verginge. Und es würde sich nicht zum zweitenmal ein deutscher Reichstagsler finden können, welcher der Privatwirtschaft ins Stammbuch schreibt, daß die Warenpreise bei den Konsumgenossenschaften um mindestens 5 Proz. niedriger seien als beim Privathandel“. Denn es ist ganz sinngemäß und in völliger Uebereinstimmung mit dem energiegelassen Prinzip der Genossenschaftsbelebung bis zur sogenannten „Lösung des Genossenschaftsproblems“, wenn der Großhandel „ohne Einwirkung von Staats wegen frei seinen Gewerbebetrieb betätigen“, d. h. unter Mitwirkung der Industrie die Profitrate von dem Verbraucher fordern will, welche seinem Willen — nicht seinen Leistungen — angepasst erscheint. Daß ihm bei der Erreichung dieser Monopolstellung für die Preisbildung die Konsumgenossenschaften im Wege stehen, stellt diesen auf alle Fälle das Zeugnis aus, daß sie nicht nur mit den bekannten 5 Proz. des Reichstagslers Luther billiger sind, sondern daß sie in noch größerem Ausmaß als Preisregulatoren wirken, als die große Öffentlichkeit

nur acht. Und dann nehmen die Konsumgenossenschaften den Kampf, der auch ein parlamentarischer — bei der Steuergesetzgebung des Reichs und der Länder — sein wird, mit dem Vertrauen in die Verbraucherinnen auf, daß sie wissen, wozum es geht. Wenn irgendwie, irgendwo und irgendwann die Verbraucherinnen verhindern wollen, daß sie nur ein Spielball in der Preisfrage von Industrie und Großhandel sein sollen, statt bestimmend durch ihre konzentrierte Konsum- und Kaufkraft bei der Preisbildung mitzuwirken, dann muß ihre Kampfpforte nun erst recht lauten: Hin- ein in die Konsumvereine!

• Aus unserer Bewegung •

**Bamberg.** In der Jahresversammlung am 31. Januar 1926 gab Kollege **Wahmann** einen Bericht über das verfloßene Jahr. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ist es nicht nur möglich gewesen, unseren Mitgliederstand zu halten, sondern auch im Laufe des Geschäftsjahres um einige Mitglieder zu erhöhen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der Kollegen **Wahmann** als ersten Vorsitzenden, **Schröder** als zweiten Vorsitzenden, **Noab** als Kassierer und **Stilman** als Schriftführer.

**Bielefeld.** In der Generalversammlung am 29. Januar 1926 gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal 1925. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 6104,10 Mk., die Nebenkasse eine solche von 7731,34 Mk. und eine Ausgabe von 3879,77 Mk., mithin einen Kassenbestand von 3851,57 Mk. Ueber den Jahresbericht sprach Kollege **Reuter**. Er ging auf die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen des Jahres 1925 ein und beleuchtete die politische Situation der Regierung Luther. Allgemein sei aber in unserem Verbände auch im verfloßenen Geschäftsjahre eine weitere Stärkung eingetreten. Redner erörtert die Lohn- und Tariffragen, die im letzten Jahre zum Teil reichhaltig und bezüglich geregelt wurden, wobei er zum AGR rheinisch-westfälischer Gemeinden Stellung nimmt. Der Reichstagsrat für die Gemeindearbeiter sowie der Bezirksarbeitsvertrag wurde im vorigen Jahre neu abgeschlossen. Ferner der Reichstagsrat kommunaler Straßenbahnen; auch wurde ein Bezirksarbeitsvertrag geschaffen, der wegen Differenzen noch nicht abgeschlossen werden konnte. Die Arbeitsordnung habe ebenfalls insofern eine Änderung erfahren, als sich die Höhe der monatlichen Sätze verbessert hat. Leider ist es bisher nicht möglich gewesen, die Arbeitszeit wieder zu verkürzen, und wird diese Frage wahrscheinlich ohne Kampf nicht erledigt werden können. Für das Haus- und Pflegepersonal der Krankenanstalten wurde ein Bezirksvertrag abgeschlossen. Wenn für die Provinzialheilmannschaften nicht mehr geeicht werden konnte, so liegt das an dem Personal, das gar nicht oder in gegnerischen Verbänden organisiert ist. Für die Wegewärter in den Landkreisen wurde mit drei Kreisen ein Tarifvertrag abgeschlossen. Im verfloßenen Geschäftsjahre haben sich die Filialen **Salzungen** und **Oeynhausen** mit uns verschmolzen. Die Gemeindearbeiter in diesen Orten fallen unter den Bezirksarbeitsvertrag Hannover. Für das Badepersonal wurden besondere Tarife mit den Verwaltungen abgeschlossen. Für eine Reihe anderer Orte, die auch in unser Tätigkeitsgebiet fallen, werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch durch Tarife festgelegt. In der Agitation ist versucht worden, daß zu tun, was unbedingt notwendig ist. Leider gibt es in den städtischen Betrieben Kollegen, die das Recht zu haben glauben, die Einrichtungen der Arbeiterschaft herunterzurehen, um selbst nicht mitzuarbeiten. Es sind in allen Betrieben und Abteilungen Betriebsräde und Vertrauensleute, mit denen die Zusammenarbeit als gut zu bezeichnen war. Unser Verhältnis zu den Bruderorganisationen war ein erträgliches. Mit dem Einheitsverband der Eisenbahner sowie mit dem Deutschen Verkehrsverband wurden Kartellverträge abgeschlossen. Die Ortsverwaltung hat ihr Augenmerk auch auf die Bildungsfrage gelegt. Leider ist hierfür noch nicht bei allen Kollegen das notwendige Verständnis zu verzeichnen. Allgemein glaubt die Filialleitung im Berichtsjahre 1925 das getan zu haben, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, besonders versuchte sie auch die Eigenarten der einzelnen Betriebe und Gruppen besonders zu beachten. Nicht alle Wünsche in Lohn- und Tariffragen konnten in unserem Sinne erledigt werden, weil wir es mit einem Arbeitgeberverband zu tun haben, der hinter den sonstigen Arbeitgeberverbänden nicht zurückbleiben will; daher müssen fast alle Fragen, ob sie den Lohn- oder andere Tarife betreffen, an den Schiedsstellen erledigt werden. Zum Schluß geht der Referent auf die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein und fordert die Versammlung auch im neuen Jahre zur regen Mitarbeit auf. In der Diskussion werden die organisatorischen Arbeiten im allgemeinen anerkannt. Einige Kollegen glaubten in unerwarteter Weise Kritik üben zu müssen; dieses wird vom Kollegen **Reuter** in seinem Schlußwort zurückgewiesen. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung werden die Kollegen **Nachtweg**, **Krause**, **Wittler**, **Solte**, **Schwendner** wieder- und **Emmel** nengewählt. Der Kollege **Albert Bedner**, der seit 1909 der Ortsverwaltung angehört, scheidet aus. Seiner Tätigkeit innerhalb dieser Jahre wird besonders gedacht. Unter Verschiedenem wurde u. a. auch die Frage des Gewerkschaftshauses erörtert. Kollege **Nachtweg** faßt das Ergebnis der Beratung kurz zusammen und fordert die Kollegen auf, in Werbung

und Aufklärung nicht nachzulassen, sondern auch im neuen Jahre alles zu tun, unsere freigewerkschaftliche Organisation auszubauen und zu festigen.

**Cöthen i. Anh.** Die Generalversammlung am 17. Januar erhielt Kenntnis, daß die Zahl der Mitglieder von 110 auf 115 stieg. Nach dem Kassenbericht hatten wir Gesamteinnahmen von 689,85 M. Unterstüßungen wurden gewährt aus der Hauptkasse in 18 Fällen 213,70 M., aus der Vorkasse in 6 Fällen 55 M. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, er besteht aus den Kollegen Günschmann, Vorsitzender; Klian, Stellvertreter; Starke, Kassierer; Hebold, Schriftführer.

**Geistingen a. d. Stg.** In der Generalversammlung am 16. Januar 1926 gab der Vorsitzende einen Jahresbericht pro 1925. Den Kassenbericht gab Kollege Barz; der Kassenbestand kann als gut angesehen werden. Von den 34 bei der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeitern sind 32 unserem Verbandsangehörigen. Der alte Filialvorstand wurde wiedergewählt; die Beisitzer sind neugewählt. Vom Gauvorstand war der Kollege Altkater vertreten; er erstattete einen interessanten Bericht über die im verlaufenen Jahre zu überwindenden Schwierigkeiten.

**Gelsenkirchen.** In der Generalversammlung am 23. Januar gedachte Kollege Bernardy des verstorbenen Betriebsratsvorsitzenden Guth. Kollege Reuter gab einen Kassen- und Geschäftsbericht. Eine Resolution zur entschädigungslosen Entzignung der Fürsten wurde einstimmig angenommen. Dem nach Köln scheidenden Kollegen Reuter wurde der Dank für seine Arbeit in der Filiale Gelsenkirchen ausgesprochen. Bei der Neuwahl zum Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender Lenz, Kassierer Pöppold. Zu Verchiedenem sprach Kollege Lengersdorf-Düsseldorf seine Mitarbeit für die kommenden Monate den Gelsenkirchener Kollegen zu. Die gleiche Erklärung gab der Kollege Lenz für den neugewählten Filialvorstand ab.

**Halle.** In der Generalversammlung am 3. Februar 1926 erstattete Kollege Flücht den Jahresbericht 1925, hiernach können wir feststellen, daß manche unserer Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Der Aufbau unserer Filiale hat Fortschritte gemacht, so daß wir am Schluß des Jahres mit neuen Hoffnungen für den Weiterbestand des Verbandes am Orte in den Kampf gehen können. Die schwierige Wirtschaftslage des Jahres 1925 verlangte auch Aufbesserungen der Lohn- und Gehaltsbedingungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bei den Gemeindefunktionären ist der Lohn vom Anfang des Jahres in Höhe von 58 Pf. auf 73 Pf. am Jahreschluß gestiegen. Allerdings schwebt heute noch ein Streitverfahren über die Beförderung für den Monat Dezember. Für die Reichs- und Staatsarbeiter ist eine Steigerung von 57 auf 64 Pf. zu verzeichnen. Die staatlichen Klimateen zeigten im Januar 1925 einen Spitzenlohn von 68 Pf., während 75 Pf. am Jahreschluß abgeschlossen waren. Die kommunalen Krankenhäuser und Provinzialanstalten haben dieselbe Lohnhöhung wie die Gemeindefunktionäre. Die Gehälter der Beamten und Angestellten sind ebenfalls gestiegen. Für die Landarbeiter in den staatlichen Betrieben ist eine Erhöhung von 4 Pf. in der Stunde während des Jahres herausgekommen. Am schlechtesten haben allerdings die Landarbeiter der städtischen Güter abgeschlossen, die das ganze Jahr hindurch 23 Pf. Stundenlohn hatten und mit Hilfe unseres Verbandes, dem sie sich im November angeschlossen haben, stehen Verhandlungen zur Erhöhung des Lohnes vor dem Abschluß. Für die Gemeindefunktionäre in Ammendorf wurde eine Erhöhung von 9 Pf. im Jahr herausgeholt, so daß 84 Pf. heute als Stundenlohn in der Spitze zu rechnen sind. Nicht nur auf dem Gebiete der Lohnbedingungen war das Jahr 1925 arbeitsreich, sondern auch die Aufgaben zur Erhaltung der Arbeits- und sozialen Verträge waren außerordentlich umfangreich. Der RRT für die Gemeindefunktionäre war gefündigt und der scharfe Kampf setzte um die Arbeitszeit, Urlaubs- und Krankenlohnbestimmungen ein. Alle Verbesserungen wurden vom Arbeitgeber abgelehnt. Besonders in Mitteldeutschland wollte man die bisher festgehaltenen Errungenschaften abbauen. Für die Reichs- und Staatsarbeiter waren im allgemeinen die Manteltarife während des Jahres 1925 keiner Revision unterworfen, wohingegen für das gesamte Gesundheitswesen ein Manteltarif für die kommunalen und Provinzialanstalten manche Schwierigkeiten brachte. — Unsere Betriebsrätebewegung im Jahre 1925 war sehr gut und wir können mit Befriedigung feststellen, daß in allen zu unserem Organisationsgebiet zählenden Betrieben und Verwaltungen Betriebsräte oder Betriebsobleute gewählt sind. Die Arbeit des Gesamtbetriebsrats der Stadt Halle verdient volle Anerkennung der Gesamtbetriebsräte. Desgleichen ist zu berichten von der Tätigkeit des Gesamtbetriebsrates der Universitätsbetriebe und Verwaltungen. Der Vorsitzende desselben ist als Hauptbetriebsratsmitglied in das Kultusministerium gewählt worden. Die Mitgliederbewegung beläuft sich am Jahreschluß auf 1750 Mitglieder (1120 männliche und 630 weibliche). Es ergibt sich eine Gesamtzunahme von 100 Mitgliedern. Organisatorisch sind diese Mitgliedschaften in 10 Sektionen eingeteilt. 17 Mitglieder sind uns durch den Tod entzogen. Auch die Kulturfragen wurden durch den Kulturanschluß des Verbandes weitgehend behandelt. — In der anschließenden Diskussion

wurde die Haltung der örtlichen Verwaltung unterstrichen. Nach längerer Diskussion fand eine von der Ortsverwaltung vorgelegte Resolution zugunsten des Volkswirtschafts einstimmige Annahme. Zur Erwerbslosenfrage wurde in ergiebiger Diskussion Stellung genommen. Eine Entschädigung, die die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit fordert und damit die Zahl der Erwerbslosen vermindert, wurde einstimmig angenommen. Den Kassenbericht erstattete Kollege Delschläger. Der Anfang des Jahres 1925 brachte der Filiale einen schweren finanziellen Stand. Vom 1. bis 3. Quartal war es nicht möglich, einen Kassenbestand zu erreichen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentliche Ausgaben verursachten. Im 4. Quartal ist erfreulicherweise eine Stabilität eingetreten, so daß am Jahreschluß mit einem Kassenbestand von 2000 M. abgeschlossen werden konnte. Die Einnahmen der Vorkasse für das 4. Quartal betragen 9300 M., demgegenüber die Ausgaben von 7300 M. entgegenstehen. An Unterstüßungen im Jahre 1925 wurden gezahlt 13000 M. Die Arbeitslosenziffer betrug durchschnittlich 120 und die Krankenziffer durchschnittlich 97 im Monat. Den Revisionsbericht erstattete Kollege Hänel. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab: Kollege Flücht, Vorsitzender, Kollege Rahnt, 2. Vorsitzender, Kollege Delschläger, Kassierer, Kollege Wötcher und Kollegin Hartleben, Schriftführer. Der Kulturanschluß wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergewählt. Hierauf erfolgte die Ehrnung von 23 Kollegen, die länger als 25 Jahre Mitglied der freien Gewerkschaften sind. Durch den Verbandsvorstand wurde denselben als Anerkennung ihrer Verdienste für die Arbeiterklasse ein Diplom überreicht.

**Karlsruhe.** Am 26. Januar fand die diesjährige Generalversammlung unserer Filiale statt. Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Koch. Das verfllossene Jahr Revue passierend, rekapitulierte der Berichterstatter sämtliche Bewegungen, die für die Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionäre erforderlich waren. Der von der Bezirksarbeitsstelle gefällte Schiedspruch, der eine Lohnhöhung von fünf Pfennig vorgezogen hatte, wurde von Seiten der Stadt abgelehnt. Die von der Lohnkommission beantragte Verbindlichkeitsklärung konnte nicht durchgeführt werden, da der Vertreter der Landesämter sie ablehnte. Es wurden Neuabmachungen getroffen, die eine Erhöhung des Spitzenlohnes von drei Pfennig ergaben. Eine Abstimmung unter den Mitgliedern unseres Verbandes in den städtischen Betrieben beschloß mit über 75 Proz. die Ablehnung dieses Schiedspruches und damit auch die Arbeitsniederlegung. Im letzten Moment wurde vor dem ordentlichen Landesämter eine Einigung erzielt, so daß der Streit verübt wurde. Die sanitären und hygienischen Einrichtungen in den meisten Betrieben spotten jeder Beschreibung. Die Speise- und Aufenthaltsräume befinden sich oft in geradezu katastrophalen Zuständen. Es wäre zu erwarten, daß die städtischen Kommissionen, wenn sie Betriebsbesichtigungen vornehmen, nicht nur allein die Büroräume besichtigen, sondern auch die Arbeits-, Speise- und Aufenthaltsräume, die dem Aufenthalt der Arbeiter dienen. Im Minutenum des Innern tagte eine Sitzung, die sich mit der Durchführung einer Reichsgesundheitswoche zu befassen hatte. Wir empfehlen, daß sie von den politischen Vertretern ihrer Parteien auf dem Karlsruher Rathaus verlangen, daß diesen Umständen, wie wir sie kennzeichnen, im Interesse der Gesundheit des Arbeiters und der von ihnen so außerordentlich besonnenen „Reinlichkeit“ schnellstens beseitigt werden. Der Tarifabschluß für die badischen Staatsarbeiter mit der badischen Staatsregierung hat nicht in allen Dingen dem entsprechen, was wir im Hinblick der gegenwärtigen Verhältnisse hätten erwarten dürfen. Der Hemmschuh für eine vereinbarte Tarifpolitik mit sozialem Ausgleich ist hier in erster Linie das Reich, das für seine Arbeiter und Arbeiterinnen geradezu erbärmliche Löhne zahlt. In 23 Ortsverwaltungssitzungen hat die Verwaltung ihre Geschäfte erledigt. Der Mitgliederstand hat sich gegenüber dem Jahre 1924 gehalten. Zum Kassenbericht hob Redner hervor, daß die Vorkasserverhältnisse beim Abschluß des Jahres 1925 gegenüber 1924 als gut bezeichnet werden können. An Unterstüßungen aus der Hauptkasse sind gezahlt: Krankenkassenunterstützung 4987,60 M., Arbeitslosenunterstützung 1630,80 M., Sterbeunterstützung 1000 M., Streikunterstützung 1290,80 M., Reichslohn 281,28 M. An die Hauptkasse konnten außerdem in bar 17204,55 M. eingebracht werden. Aus der Vorkasse wurden als Beihilfe zu den Unterstüßungen 2000 M. geleistet. Es folgte der Bericht des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Fröhlich und der Bericht der Revisoren. — Gauleiter Bürtel erläuterte die Stellungnahme der Städtevertreter zum Reichsmanteltarif (§ 7 und 13), die auf die Gefahr einer Konventionalltarife hin die alten Sätze wieder einführen. Gegen Fürstenabfindung wurde eine Resolution angenommen. Die alte Ortsverwaltung sowie die bisherigen Revisoren wurden wiedergewählt.

**Konstanz.** In der Generalversammlung am 15. Januar 1926 gab Kollege Harderer den Geschäftsbericht. Er betonte, daß im vergangenen Jahre viel in Lohnverhandlungen zu kämpfen war und bei der letzten Lohnverhandlung mit Streitandrohung der Lohn geregelt werden mußte. Kollege Kirchberg gab den Kassenbericht. Die Mitgliederzahl stieg von 212 auf 243. Von diesen Mitgliedern entfallen 22 auf die Sektion Reichsarbeiter. Der Kassenbericht ergab:

Einnahmen der Lokalkasse 1949,52 M. Ausgaben 515,87 M. Filialbestand 1433,65 M. Auf Kosten der Hauptkasse wurden an Unterstüßungen gezahlt: 41,40 M., Kranken- 1005,60 M., Sterbefall- 200 M., Weihnachtsunterstüßung 8 M. Aus der Filialkasse wurden Unterstüßungen gewährt: Arbeitslosen 13 M., Streiks und Aussperrungen 100 M. An Gaubeträge wurden 256,15 M. geleistet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Harderer, 1. Vorsitzender, Gloder, 2. Vorf., Kassierer: Kirchberg, Schriftföhrer: Haufer.

**Krefeld.** In der Generalversammlung am 21. Januar 1926 gab Kollege M ö l l e r den Kassenbericht vom 4. Quartal. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluß 394. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 1439,64 M., die Ausgaben 550,13 M. Am Schluß des 4. Quartals war ein Kassenbestand von 889,51 M. zu verzeichnen. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 1627,49 M., die Ausgaben 189,55 M. In bar sind an die Hauptkasse 1437,94 M. abgeliefert worden. Anschließend gab Kollege E i c k e r den Geschäftsbericht. Er brachte zum Ausdruck, daß innerhalb der Filiale K r e f e l d im verfloßenen Jahre recht Ertragsreiches geleistet wurde. Anschließend hieran referierte Kollege K e u t e r vom Gau Köln über Kapital und Wirtschaftsdemokratie.

**Köln a. Rh.** Die gut besuchte Delegiertenversammlung am 1. Februar nahm den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen. Hoffmann konnte über ein arbeitsvolles und erfolgreiches Geschäftsjahr berichten. Neben 422 Versammlungen und Konferenzen wurden 4 Lohnbewegungen in Köln geführt, wovon 1 durch Streik siegreich beendet wurde. Der Erfolg dieser Bewegung ist durch die Presse bekannt geworden. Der siegreiche Streik ist von der ganzen deutschen Arbeiterpresse gemürdigt worden. Gewerbeericht und Amtsgericht wurden öfters zugunsten der Mitglieder in Anspruch genommen. Nachdem Hoffmann den Kampf um den A.R.L. geschildert hatte, konnte er mit dem Wunsch schließen, daß eine einheitliche Gemeindearbeiterbewegung den reaktionären Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes deutscher Städte und Kommunalverwaltungen entgegenzusetzen sei. Eine Entschliegung Dresden, die in diesem Sinne gehalten war, fand einstimmige Annahme. Der Kassenbericht des 4. Quartals gab ein Bild gesunder Entwicklung: Beitragseinnahmen für die Hauptkasse 36 009,70, Beitragseinnahmen für die Filialkasse 14 360,63 Mart, an Unterstüßungen wurden 5243,50 Mart ausgegeben. Die Ausgaben belaufen sich auf 11 740,55 Mart. Die Beitragsleistung ist im Durchschnitt um 10 Pf. pro verkaufte Marke gestiegen. Der Mitgliederbestand beträgt 5531. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt; an Stelle eines ausgeschiedenen Kollegen trat Kollege W ö l f e r. Eine Entschliegung für die Durchführung des Volksentscheides fand einstimmige Annahme.

**Köln a. Rh.** Eine sonderbare Meinung herrschte bei den Vorgesetzten der Handwerker des hiesigen Pionierbataillons 3. Als die Kollegen nicht organisiert waren, glaubten die Vorgesetzten, Entlassungen und Einstellungen nach ihrem Belieben vornehmen zu können. Die Kollegen sehen ein, daß das so nicht weitergehen kann und traten unserem Verbands bei. Der Schneider H i l l e r, vor zwei Jahren Pionier bei der Reichswehr, wurde als Pionierschneider beim selben Bataillon eingestellt. Nachdem 5. 5 Monate beschäftigt war, wurde er auf Grund eines Vergehens, das er als Reichswehrsoldat verschuldet hatte, entlassen. Die Filialleitung unseres Verbandes reichte beim hiesigen Gewerbeamt Klage auf Wiedereinstellung ein. Dieses fällt am 8. Januar ein Urteil zu unseren Gunsten: entweder Wiedereinstellung oder Zahlung einer Entschädigung von 60 M. Ohne unseren Verband wäre dieser Kollege ohne Entschädigung entlassen. Hoffentlich sehen alle Kollegen der hiesigen Staatsbetriebe ein, was der Verband für sie bedeutet.

**Ludwigshafen.** In der Generalversammlung am 20. Januar erstattete Kollege W i l l den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht und referierte über den Stand unserer Organisation. Kollege Hümm gab den Kassen-, Kollege Beisel den Revisionsbericht. Kasse, Belege und die Kassenbuchführung waren in muster-gültiger Ordnung. In den Vorstand wurden neu hinzugewählt die Kollegen B u l c h, K o r n und Hoffmann. Es fungieren in den alten Aemtern Kollege W i l l als Vorsitzender; Kollege S c h l a t t e n, 2. Vorsitzender; Kollege H ü m m, Kassierer; Kollege W a h n e r, Schriftföhrer. Kollege Busch erhebt schärfsten Protest gegen die Ausbeutung des ohnehin schon armen deutschen Volkes durch die ausgetrippelten Monarchen und Fürsten. Kollege W i l l erinnert an den kommenden Volksentscheid und empfiehlt den Kollegen, auf dem Posten zu sein. Kollege W i l l berichtet über unsere eingereichte Forderung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe wie sie den städtischen Beamten zu Weihnachten gewährt wurde, da doch unsere Not sicher über die der Beamten steht. Die Entschädigung der Vorstandsfunktionäre soll so wie sie die Konferenz beschlossen hat, bis auf weiteres bestehen bleiben. Die Filiale Ludwigshafen veranstaltete zur Ehrung ihrer „Pioniere der Arbeit“ einen Festabend. Die überfüllten Lokalkassen bewiesen, daß der Gewerkschaftsgebanke in der Arbeiterschaft lebt und vorwärts schreitet. Die Filialleitung hatte es verstanden, durch Heranziehung wertvoller Kräfte das Fest zu einem Ehrenabend der Arbeitskollegen zu machen, die auf eine 25- und mehrjährige Mitgliedschaft in der freien Gewerkschaft zurückblicken. Die Begrüßungsworte des Vorsitzenden W i l l kamen von Herzen. Er hieß die Subilare, die er-

schienenen Ehrengäste, Bürgermeister Kleeftot, die Stadträte, den Vertreter des hiesigen Ortsausschusses vom A.D.B., Kollegen Fischer, die Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten, die Vertreter der Filiale Frankenthal herzlich willkommen. Gauleiter Franz H u n d war als Vertreter des Hauptvorstandes erschienen. Nach einer Schilderung des Gewerkschaftslebens der Subilare, die schon seit 25 Jahren und länger bahnbrechende Arbeit in oft schwerer Zeit vollführten, welche mit Recht die Pioniere der jetzigen Zeit sind, konnte er schöne Diplome im Namen des Hauptvorstandes verteilen. Nebener streifte die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage der Jetztzeit, ermahnte, auf dem Damm zu sein und die freigewerkschaftlichen Organisationen zu stärken. Auch bei der kommenden Volksabstimmung darf nicht nur Feiner fehlen, sondern soll rege Agitation getrieben werden, um den mit dem Volksentscheid beabsichtigten Zweck zu erreichen.

**München.** Am 18. Januar fand die Jahreschlußgeneralversammlung unserer Filiale statt. In ehrender Weise wurde einmütig der Versammlung des Ablebens von 45 Verbandsmitgliedern gedacht. Aus dem Kassenbericht des Kollegen B o s l ging hervor, daß im verfloßenen Jahre sowohl in bezug auf die Mitgliederzahl als der Finanzverhältnisse ein Aufstiege zu verzeichnen ist. Den Gesamteinnahmen von 170 839 M. standen an Ausgaben gegenüber 135 208 M., so daß sich ein Kassenbestand von 35 631 M. ergibt, was eine Mehrung gegenüber dem Vorjahre um 24 128 M. bedeutet. Kollege E r h a r t gab einen Ueberblick zum abgelaufenen Geschäftsjahr. Dem Tätigkeitsbericht der Geschäftsleitung war zu entnehmen, daß die Hauptaufgabe des Verbandes in dem Abbruch von Tarifverträgen, in dem Kampf um den Achtstundentag, Durchsetzung von Lohnerhöhungen, in der Wahrung sozialer Vertragsrechte, in der Wahrnehmung von Terminen vor den Tarifschiedsstellen, Arbeitsgerichte, Schlichtungsausschüß, Landesrichter gewesen ist. Die Fortsetzung der Bildungsurse innerhalb unserer Filiale mußte mit Rücksicht auf die Zentralisierung des Bildungswesens durch das Arbeiterbildungskartell zunächst aufgegeben werden. Des Verbandslebens, das sich neben dem Mitgliederzuwachs von 400 Kollegen nach innen und außen gefestigt hat, kann als jezt und bezeichnet werden. Unter Hinweis auf die veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse richtete Kollege E r h a r t einen Appell an die Kollegenschaft, die Reihen noch enger zu schließen, um die geplanten Verschlechterungen der Gegenseite erfolgreich abwehren zu können. Kollege S e b a l d, der den Revisionsbericht gab, stellte fest, daß die Prüfung der Kassenführung zu keinerlei Beanstandung Veranlassung gab. Bei der Wahl der engeren Verwaltung wurden Kollege E r h a r t als Vorsitzender, Kollege B o s l als Kassierer, die Kollegen Osterlehner, Sebald und die Kollegen E c k a r t als Revisoren gewählt. Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsverein wurde dem Vorstand überlassen. Kollege B e d erstattete einen Bericht von der 7. Internationalen Gemeindearbeiterkonferenz. Einstimmig gelangte eine Entschliegung zur Annahme, die sich gegen die Fürstenabfindung wendet und um Besserung der sozialen Einrichtungen ersucht.

Nachdem die Stimmzettelwahl am 18. Januar für die Besetzung des Filialvorstandes kein einwandfreies Ergebnis zeitigte, fand am 4. Februar eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der Kollege O s t r e i als 2. Vorsitzender und die Kollegen Walter, Kurländer, Steigleder, Kögl, Stiegler, Kiermeier, Fuchs und Moser als Beisitzer gewählt wurden. Im Anschluß an die Wahlen referierte Kollege F r i e b l über: „Wirtschaftskrisis, Erwerbslosenproblem und Gewerkschaft.“ In sachlicher Weise nahm die Versammlung zu den Entkommunalisierungsbestrebungen des Stadtrates Stellung, die in einer Entschliegung Ausdruck fand. In dieser Entschliegung erheben die Mitglieder unseres Verbandes gegen den Beschluß des Hauptausschusses, mit dem die Entkommunalisierung des städtischen Kohlenhofes ausgesprochen wurde, allerhöchsten Protest. Die Versammlung erwartet, daß das Plenum des Stadtrates dem Beschluß des Hauptausschusses nicht beitrifft, sondern sich für die Erweiterung der Kommunalbetriebe, die ihre Konkurrenzfähigkeit mit der Privatwirtschaft längst erwiesen haben, ausspricht.

**Planen.** Am 30. Januar begann die Filiale Planen die Feter ihres 20jährigen Bestehens. Ein künstlerisch ausgearbeitetes Programm verhalf dem Abend zu einem gnußreichen. Gauleiter S a f f i g hielt die Festansprache. Ausgehend von den Anfängen des Gesamtverbandes verwies er darauf, daß im Jahre 1906 auch die Planener Kollegen den Weg zu unserem Verbands fanden. Wie in vielen anderen Städten sind es auch hier die Kollegen der technischen Berke gewesen, die eine Avantgarde bildeten. Mühlig und feimig war der Weg. Die Mitgliederzahl bewegte sich bis zum Jahre 1918 um 100 herum. Mit Ausbruch der Revolution ging es steil in die Höhe, so daß die Filiale im Jahre 1920 einen Ortsbeamten anstellen konnte. Der Abbau verschiedener Ertragsleistungen, Personalabbau und die allgemeine Organisationsverdröffenheit (1923 und 1924) schlugen der Filiale tiefe Wunden. Zweimal stand die Filiale vor dem finanziellen Zusammenbruch. Doch immer wieder haben die Planener Kollegen in jäher Arbeit wieder aufgebaut. Jetzt geht es stetig aufwärts. In ehrenden Worten gedachte Kollege S a f f i g der Gründer unserer Filiale, von denen nur noch zwei, die Kollegen W i e l e r und Hoffmann, der Filiale seit Gründung angehören.

**Kassiber.** In der Generalversammlung am 30. Januar 1926 gab Kollege **Niewiadowski** den Jahresbericht. Gleichzeitig berichtete er auch über die Tarif- und Lohnverhandlungen und betonte, daß im verfloßenen Jahre der Lohn von 50 Pf. auf 50 Pf. heraufgestiegen ist. Den Kassenbericht gab Kollege **Lichy**. Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahre von 78 auf 157 gestiegen. Die Einnahmen im 4. Quartal waren über 700 Mk. Bei der Vorstandswahl wurden zum Vorsitzenden Kollege **Niewiadowski**, zum Kassierer Kollege **Lichy** und zum Schriftführer Kollege **Habermann** gewählt.

**Kostod.** In der Generalversammlung am 29. Januar gedachte Kollege **Keder** der sieben verstorbenen Kollegen, die im verfloßenen Jahre aus unsern Reihen gerissen wurden; außerdem der acht Ehefrauen, die unsere Kollegen durch Tod verloren haben. Darauf gab **Keder** den Kassenbericht vom 4. Quartal und den Jahresbericht. Durch paracome Wirtschaft haben wir im verfloßenen Jahre unsere Schulden beim Verbandsvorstand abgestoßen und einen kleinen Ueberschuß zu verzeichnen. Wenn die Mitglieder auch fernerhin treu zum Verbands halten, so werden sich unsere Kassenverhältnisse wieder soweit bessern, daß wir die letzten Unterstüzungen wieder einführen können. Züher der Zahlung eines Lohnausgleichs von 35 Mk. haben sich unsere Löhne im Jahre 1925 um 13 bis 14 Proz. erhöht. Im Januar betrug der Spigenlohn 61 Pf. und im Dezember 1925 69 Pf. Die Lohnsteigerung hat aber nicht Schritt gehalten mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Wir haben daher im neuen Jahre viel nachzuholen. Redner geht dann auf die Weihnachtsbeihilfe ein, die am 14. Dezember 1925 in der Stadtverordnetenversammlung bewilligt, dann aber am 22. Dezember wieder abgelehnt wurde, weil ledige Mitglieder der Mietergruppe umfielen. Die Angriffe des Stadtverordneten Dirich gegen unsere Verbandsleitung in Kostod. entbehren jeder sachlichen Grundlage. Daß die örtlichen Vereinbarungen noch nicht zum Abschluß gebracht sind, liegt an dem Rat, der die Streitfragen, über die bereits die örtliche Schiedsstelle entschieden hat, erledigt wissen will. Weiter ist der Reichsmandatariats von beiden Seiten gefündigt, so daß wir auch hier vor einem neuen Abschlus stehen. Es sind im wesentlichen die sozialen Bestimmungen bisher erhalten geblieben, und wird es auch in diesem Jahre die Aufgabe sein, Verschlechterungen abzuwehren. Das Jahr 1926 hat für uns insoweit eine besondere Bedeutung, da die Filiale Kostod. auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblickt. Es wird unsere Aufgabe sein, diesen beiden Festen eine besondere Weihe zu geben. Wenn wir in Ermahnung bringen, daß zu Weihnachten eine Weihnachtsunterstützung für Erwerbslose gezahlt wurde, die 8 Mk. für Ledige, 12 Mk. für Verheiratete und 2 Mk. für jedes Kind betrug, so wurde hierdurch ein Sonnenstrahl auf den Schatten geworfen, der heute über die Erwerbslosen lagert. Einige Kollegen haben mit der wöchentlichen Verbandsunterstützung über 20 Mk. ausbezahlt erhalten. Wo die Kommunen versagen, hat unser Verband selbst eingegriffen. Mehr denn je muß es unsere Aufgabe sein, fest und treu zur freigewerkschaftlichen Organisation zu stehen, dann werden wir auch alle Widerwärtigkeiten, die sich uns entgegenstellen, überwinden. Das neue Ortsstatut wurde verlesen und von der Versammlung genehmigt. Eine Resolution für die Förderung des Volkswahlrechts wurde einstimmig angenommen.

• Landstraßenwärter •

**Kohlau in Anhalt.** Am 2. Februar fand die erste Betriebsversammlung der Straßenwärter des Kreises Zerbst statt. Zu Beginn wählte der Kollege **Gänslde** Kohlau dem verstorbenen Kollegen **Brigel**-Wittau einen ehrenden Nachruf. Der Kollege **Gauleiter** **Wachtendorf** gab Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr 1925, wobei er die Tätigkeit des Verbandes und die wirtschaftlichen Interessen im Tarif erläuterte. Ferner forderte er alle Kollegen auf, an der Konferenz der Straßenwärter von Anhalt am 14. Februar in Köthen teilzunehmen, ebenso machte er bekannt, daß im Laufe des Jahres eine Straßenwärtersonferenz für Mitteldeutschland und den angrenzenden Gauen, wahrscheinlich in Braunschweig, stattfindet. Den anhaltinischen Straßenwärttern wird gegen monatlichen Abzug vom Lohn Dienstkleidung geliefert. Damit ist ein alter Hebelhand beseitigt. Kollege **Villo** Zerbst gab als Vorsitzender der Betriebsräte für das Jahr 1925 Bericht. Die Tätigkeit der Betriebsräte wurde anerkannt und sie wurden für das Jahr 1926 wieder einstimmig vorgeschlagen. Zum Schriftführer wurde Kollege **Beelip** Köwig gewählt. Die nächste Versammlung findet am 1. Mai, vormittags 9 Uhr, in Kohlau statt.

**Hantzenbüttel, Kreis Hagenow.** Am 30. Januar fand hier eine gut besuchte Begewärtigerversammlung statt. Die Gauleitung Hantzenbüttel wurde durch Kollegen **Brand** vertreten. Zum Punkt Betriebsrätewahl wies Kollege **Brand** auf die Bedeutung der Betriebsräte im heutigen wirtschaftlichen Kampfe hin. Nicht allein Pflichten der Betriebsrat, sondern auch Rechte. An den Betriebsratsmitgliedern liegt es in den meisten Fällen, wenn die tariflichen Abmachungen vom Arbeitgeber nicht durchgeführt werden. Da anerkannt wurde, daß der letzte Betriebsrat keine Pflicht getan hat, wurde von einer Aufstellung neuer Kandidaten Abstand genommen und der alte Betriebsrat wiedergewählt. Gegenstand eines weiteren Punktes der Tagesordnung war die Rubelordnung. Seit dem

17. März 1925 haben die Wärter der Provinz eine Ruheordnung. Der Kreis Hagenow steht der Einführung derselben noch ablehnend gegenüber. Wie soll dabei noch von Arbeitsfreudigkeit der Kreiswärter die Rede sein, wenn beispielsweise zwei Wärter in einer Ortschaft wohnen, von denen der eine im Alter einen Rubelohn zu erwarten hat und der andere nicht. In der Versammlung war wenig Verständnis dafür zu finden. Es soll noch eine Eingabe an den Kreisrat gemacht werden. Auch die Klagen über verspätete Lohnzahlungen wollen im Kreis Hagenow nicht verstummen. Hier haben die Kollegen ein Teil Schuld selbst, die sich den Herren Begewärtigern gegenüber mit einmaliger monatlicher Zahlung einverstanden erklärt haben. Wenn die Wärter ihre tariflichen Rechte nicht verlangen, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn der Arbeitgeber Gebrauch davon macht. Zum Schluß hielt Kollege **Brand** einen Vortrag über „Zweck und Nutzen der freigewerkschaftlichen Organisation“. Aus Vergleich von der Vortragszeit zu heute konnte er den Nutzen unseres Verbandes leicht nachweisen.

• Aus den Gemeinden •

**Wann werden die kirchlichen Friedhöfe kommunalisiert?** Die Reichsregierung der deutschen Republik verspricht die Trennung des Staates von der Kirche. Ein Schritt zu diesem Ziele wäre die Ueberführung der kirchlichen Friedhöfe in den Besitz der Gemeinde. Obgleich schon an sich die Sorge für die Bestattung der Toten, zumindest die Beschaffung des Friedhofs, der Gemeinde, so sollte sie jetzt, wo ein gewaltiger Prozentsatz der Einwohner aus der Kirche ausgetreten ist, endlich Gemeindefriedhöfe schaffen. Es ist unhaltbar, wenn die Bestattung kirchenloser Einwohner auf dem am nächsten gelegenen Friedhofe, sofern dieser der Kirche gehört, von deren gutem Willen abhängt und von ihr nur unter gewissen Bedingungen gestattet wird. Daß für kirchenlose Leute der kirchliche Friedhof viel teurer ist als für Kirchenglieder, dürfte noch in vielen Orten der Fall sein. Die Kirche gestattet vielfach die Bestattung kirchenloser a. s. „ihrem“ Friedhofe nur, wenn für Benutzung der Leichenhalle, für die Grabstelle bedeutend mehr als sonst gezahlt wird. Solchen die teuren Transportkosten nach einem weiter entfernten Friedhof vermieden werden, so müssen die erhöhten Kirchenfriedhofsgebühren gezahlt werden. Sie werden vielleicht auch deshalb gezahlt, weil der kirchliche Friedhof gerade der nächstgelegene, für die Wohnung „günstigste“ ist, und weil dort vielleicht schon Angehörige liegen. Aber auch für verstorbene Kirchenglieder dürften die Gebühren der kirchlichen Friedhöfe höher sein als bei Gemeindefriedhöfen, wo die Gebühren von den Gemeindevorstehern festgelegt werden. — Jedenfalls verweisen viele Gemeinden bei Armenbegräbnissen, die die Gemeinde zahlen muß, nicht a. s. den nächstgelegenen Friedhof, wenn dieser der Kirche gehört, sondern auf einen, wenn auch bedeutend weiter entfernten bürgerlichen Friedhof, weil dieser trotz der erhöhten Fuhrkosten immer noch billiger ist als der kirchliche Friedhof. Der Kirche liegt wohl wenig daran, ihre armen verstorbenen Mitglieder auf ihrem Friedhof aufzunehmen, wenn das Armenamt die hohen Friedhofsgebühren nicht zahlt! Aber nicht nur wirtschaftlicher, rechtlicher, sondern auch geistlicher Art zeigten die kirchlichen Friedhöfe, sondern auch Gewissenkonflikte. Es ist ein unerträgliches Gebante für die aus der Kirche Ausgetretenen, dereinst als Tote doch in kirchlichem Gewohnsraum, nämlich in den der Kirche gehörigen Friedhof, zu gelangen, sei es, weil es keinen bürgerlichen Friedhof in der Gemeinde gibt, sei es aus sonstigen Gründen. Für die kirchenlosen oder nicht kirchlich gefirmten Hinterbliebenen ist es unerträglich, sich an den Pflanz, an die Kirche als der Bestigerin des Friedhofs wenden zu müssen, wenn sie einen verstorbenen Angehörigen beerdigen müssen. Die sozialdemokratischen Fraktionen der Gemeindevertretungen sollten die Kommunalisierung der kirchlichen Friedhöfe energisch betreiben. Gegebenenfalls kommt die Zwangsenteignung in Frage. Eine Kommunalisierung der Kirchenfriedhöfe durch Landesgesetz wäre das zweckmäßigste. Die Landtagsfraktionen müßten dieses Gesetz betreiben.

• Wasserbauarbeiter •

Die Deutsche Wasserstraßengewerkschaft auf dem Abkommenvertrag für die Zeitschrift „Der Deutsche“: Der bekannte günstige Stand hat uns vor einigen Tagen das nachstehende Rundschreiben der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft auf den Tisch geworfen. Der Inhalt dieses Schreibens ist so interessant, daß wir ihn unseren Kollegen in dem Wasserbaubetriebe nicht vorenthalten möchten.

**Abdruck.**  
Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft, Berlin-Wilmersdorf, 18. Januar 1926.  
Nr. 30. Nr. 126. Kaitzallee 25.  
An die Ortsgruppenvorsitzende und beamteten Mitglieder — je besondere Bezier Kollege!

In unserem Kampfe um die wirtschaftliche Besserstellung der Beamten, Angestellten und Arbeiter brauchen wir die öffentliche Presse. Jeder Kollege weiß aber, daß Reichstag, andere Volkskammern und auch Tageszeitungen gegen die Staatsbediensteten eingeschlossen sind. Wir sind zu dem Entschluß gelangt, die Tageszeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Der Deutsche“ für die Interessen der Staatsbediensteten so aus-

zubauen, wie es notwendig ist. Wenn wir auch nicht immer mit der Schreibweise des Blattes einverstanden sein konnten, so ist es dennoch Ehrensache für uns, den „Deutschen“ nach Kräften zu unterstützen. Je mehr seitens der Industrie und anderer arbeitnehmerfeindlicher Kreise Sturm gefahren wird gegen die soziale Bewegung und finanzielle Besserstellung der Beamten und Staatsbediensteten, desto nötiger haben wir eine unabhängige, überparteiliche Tageszeitung in der Reichshauptstadt.

Unserem Gesamtverband der Staatsbeamten, Angestellten und Arbeiter sind seitens der Redaktion die größten Zugeständnisse gemacht worden. Auch unsere Gewerkschaft ist verpflichtet worden, an der Ausgestaltung des „Deutschen“ mitzuwirken. Wir müssen nun aber auch Zeitungsabonnenten stellen. Und da richten wir an alle Kollegen und Gruppen die dringende Bitte, unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ sofort bei uns zu bestellen. Wir sorgen dann dafür, daß die Zeitung pünktlich jeden Tag durch die Post in die Wohnung geliefert wird. Verschrieben über unbilligste Erscheinen kommen nicht mehr vor. Für unsere Mitglieder wird „Der Deutsche“ — der, bei der Post bestellt, 3 Mk. kostet — zum Preise von 2 Mk. pro Monat täglich frei ins Haus geliefert. Diese 2 Mk. müssen unserer Hauptkasse überwiesen werden, die mit der Redaktion dann abrechnet. Unsere täglichen Verhandlungen mit den Behörden und sonstige wichtige Bekanntmachungen erscheinen künftig schon am Tage darauf in der Zeitung „Der Deutsche“. Somit erspart auch die Gewerkschaft viel Zeit und Geld, was sonst für Rundschreiben verwandt werden müßte. Und die Kollegen haben schneller noch als bisher täglich die neuesten Berichte in Händen und können jeden anderen aufklären. Wer den „Deutschen“ schon bezieht, bestellt ihn dort ab und beauftragt uns mit der weiteren Belieferung. Unsere Gewerkschaft muß 200 Abonnenten stellen, die doch sicherlich auszubringen sind.

Verbände, die die Besteller nicht stellen, müssen die zu übernehmenden Pflichtexemplare dennoch bezahlen. Während alle anderen Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes ihren Verpflichtungen schon bisher nachgekommen sind und die fraglichen Pflichtexemplare abgenommen haben, sind wir noch im Rückstand. Das ist ein unerträglich Zustand. Wo nicht jeder Kollege die Zeitung halten kann, muß aber dafür gesorgt werden, daß jede Ortsgruppe, auf Kosten der Ortsgruppenkasse, die Zeitung bei uns bestellt. Diese Bitte ist doch sicherlich zu erfüllen.

Unsere Kollegen, gebt bitte sofort Nachricht:  
1. Wer den „Deutschen“ beziehen will; 2. von wann ab? 3. an welche Adresse soll „Der Deutsche“ geschickt werden?

Der Betrag von 2 Mk. monatlich ist unserem Konto 41708 zu überweisen mit dem Vermerk: „Beitrag für den Deutschen“.

Wir bitten nochmals um die Unterstützung aller Kollegen und weisen darauf hin, daß die Bestellungen bis spätestens 28. d. M. in unserem Büro sein müssen, damit die Lieferung ab 1. Februar pünktlich erfolgen kann.

Beiliegend Zahlkarten, die immer wieder bei uns angefordert werden müssen. Mit freundlichem Gruß! gen.: Hans Bruno.

Nach der Beteilei, die in diesem Rundschreiben zum Ausdruck kommt, scheinen entweder „Der Deutsche“ oder die Deutsche Wasserstraßengewerkschaft — vielleicht auch alle beide — in Geldverlegenheit zu sein. — Im übrigen ist es bezeichnend, daß die Wasserstraßengewerkschaft gerade ausgerechnet für das Organ des Herrn Stegerwald Propaganda macht, der auf Grund seiner Einstellung in den letzten Jahren doch wiederholt bewiesen hat, daß ihm das Wohl und Wehe der Reichswasserstraßenarbeiter herzlich gleichgültig ist. Wir sind überzeugt davon, daß sich ein aufgeklärter Arbeiter durch solche Ränder nicht einfangen lassen wird. In einem weiteren Rundschreiben der Wasserstraßengewerkschaft, das uns ebenfalls zugegangen ist, wird unter anderem auch so getan, als ob die Wasserstraßengewerkschaft allein um die Verbesserung der Lebenshaltung der Wasserbauarbeiter bemüht sei. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn alle Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium werden von den zuständigen Tarifkontrahenten geführt, und wenn dabei ein positives Ergebnis zustande kommt, so ist das nicht auf das Konto der Wasserstraßengewerkschaft zu sehen, sondern eben auf das Konto der gelangten am Tarifvertrag beteiligten Organisationen.

◆ Theaterarbeiter ◆

Theaterkrisis. Die Zeit der Krisen ist über Deutschland herangezogen und es wäre gerabzu verwunderlich, wenn unsere Theater verschont bleiben würden. In den einzelnen Städten Deutschlands hat bereits der zukünftige Haushaltsplan unsere Stadtväter beschäftigt und aus Sparmaßregeln keine Abstriche durchgemacht. Leider haben die kulturpolitischen Fragen den ersten Anstoß zu erleiden gehabt. Dazu kommt, daß das Bürgertum es in der Vergangenheit verstanden hat, große Teile der Bevölkerung von den kulturellen Veranstaltungen auszuschalten, so daß es heute schwierig ist, von diesen Teilen das notwendige Verständnis für kulturpolitische Fragen zu erwarten. Wer mit den Theaterverhältnissen vertraut ist, wird zugeben müssen, daß hier vieles reformbedürftig ist. Stehen diese Fragen zur öffentlichen Diskussion, so laßt auch leicht der Abblüsedanke auf: „Attienform oder Verstaatlichung“. Diese Fragestellung ist kurzelt in Frankfurt a. M. akut. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlaments brachte den Antrag ein: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle die Verlängerung des Vertrags mit der Theater-K. G. ablehnen und den

Magistrat beauftragen, Vorbereitungen zu treffen, um nach Ablauf des derzeitigen Vertrags die Verstaatlichung der beiden Theater durchzuführen.“ Wie bei allen Einrichtungen, so handelt es sich auch bei den Theatern weniger um die äußere Form als darum, Kulturbestrebungen zu fördern. Leider liefern die Behörden selbst das Material gegen sich und stärken die Gegner jeder Kommunalisierung. Die Verstaatlichung der Theater in den einzelnen Städten Deutschlands führte vielfach zu der sogenannten Gewaltenteilung: Künstlerische, technische und kaufmännische Leitung sind voneinander geschieden. Jeder Direktor in den einzelnen Ressorts macht peinlich über seine Selbständigkeit und daß hierbei Reibungsflächen entstehen, die nicht dem Wohle des Betriebes dienen, ist naheliegend. Der Theaterbetrieb läßt sich nicht in eine starre Form, wie einer sonstigen Verwaltungsstelle, pressen. Allerdings ist die Zeit vorüber, in der man keine große Sorge um den Theaterbesuch hatte. Künstlerische und kaufmännische Leitung müssen heute mehr denn je enger Zusammenarbeit vereinigt sein. In diesem Zusammenhang soll auch ein Wort zur Gestaltung des Spielplanes gesagt werden. Die Ueberbewertung des Büchermarktes in den letzten Jahren ist auf Kosten des Bildungs- und Kulturbedarfs zu groß geworden, somit ist die Idee, daß der Kreis der Leser für ein wertvolles Buch kleiner wird. Ähnliche Verhältnisse sehen wir bei den Theatern. Was auf diesem Gebiet in der letzten Zeit dem Zuschauer zugemutet wurde, ist unverantwortlich. Mit ungeheuren Kosten an Dekorationen und Kostümen werden diese Stücke auf die Bühne gebracht, um nach drei- oder viermaliger Aufführung die Magazine zu füllen. Hier ist bei der Auswahl der Stücke Vorsicht am Platze und sicherlich manches zu sparen. Die heutige Wirtschaftskrise ist zu einem großen Teil eine Folgeerscheinung der unternehmerischen Mißwirtschaft während der Inflation. Der Entwurfsprozess und die Einheimung ungeheurer Gewinne brachte bei dem deutschen Unternehmer eine der Allgemeinheit falsche Einstellung. An eine technisch-organische Umstellung des Wirtschaftsapparates, an eine Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Unternehmer nicht gedacht. Erst der völlige Zusammenbruch der deutschen Währung und die daraus folgende Stabilisierung zeigte uns die Rückständigkeit dieses Wirtschaftskörpers. Krieg und Inflation haben bei den Theatern eine Umsichtung ihrer Besucher hervorgerufen und daher gilt es, diesen neuen Interessentkreis an das Theater zu fesseln. Diese Aufgabe kann nicht allein den Bühnengemeinden überlassen bleiben, sondern hier muß von Seiten der Verwaltung versucht werden, einem größeren Teil der Bevölkerung Gelegenheit zu bieten, bei angemessenen Eintrittspreisen das Theater zu besuchen. Die Schwierigkeit, die darin liegt, wo die Grenze zu ziehen ist, dürfte nicht allzu groß sein. Es würde zu weit führen, alle diese Dinge bis ins kleinste hinein anzuführen, dazu sind diese den maßgebenden Stellen bereits bekannt. Für unsere Kollegen in den Theatern gilt es für die kommende Zeit, sich mit dem nötigen Material zu versehen. Die Vergangenheit dürfte auf dem Gebiete auch Lehrmeister für die Zukunft sein; denn jetzt wird der starke Mann im Staate, „der Finanzbezerrner“, mit seinem großen Redeschiff seine Tätigkeit aufnehmen. Er wird bald finden wollen, daß die Schuld an diesen Verhältnissen der Wirtschaftskrise — soweit er überhaupt in den Theatern noch besteht — und die „hohen“ Bühnen sind. Arbeitszeitverlängerung und Arbeiterentlassungen werden dann als die allein geeigneten Mittel bestimmt werden, um Zuschüsse zu vermindern. Leider ist das Leben „hinter den Kulissen“ wenig bekannt, um zu erkennen, welche körperliche und geistige Arbeit von den dort Beschäftigten verlangt wird. Ein Blick auf den Spielplan und wir sehen heute die schwersten technischen Vorstellungen in einer Reihenfolge, die vor dem Krieger trotz zwölfstündiger Arbeit ausgefallen war. Diese Ausforderungen stellen unseren Kollegen zeigen, daß die Diskussionen der Wirtschaftlichkeit und des Kulturnotwendigen nicht allein den Herren am grünen Tisch überlassen bleiben dürfen, sondern daß es sich hier um die ureigenen Interessen unserer Kollegen handelt. Sie werden ihre Interessen nur vertreten können, wenn sie einig und geschlossen organisiert sind. Unsere Organisation dürfte in den vergangenen Jahren bewiesen haben, daß sie die Sachwalterin und die alleinige Vertreterin der Theaterarbeiter ist. Darum gilt es, den letzten Mann heranzuziehen und den Damm zu stützen, der in unserem Verbände geschaffen ist, um unsere Interessensvertretung zu sichern.

Willy Haufe, z. Z. Frankfurt a. M.

◆ Arbeiterversicherung ◆

Die Erkrankung eines städtischen Tiefbauarbeiters bei Reinigungsarbeiten eines Mühlgrabens durch Infektion ist als Betriebsunfall angesehen worden. Ein Tiefbauarbeiter war einer Stadtgemeinde für die Reinigung des Mühlgrabens vermittelt worden. Er trat am 31. Juli seinen Dienst an, erkrankte jedoch schon am 4. August plötzlich, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er infolge eingetretener Verschlimmerung seines Zustandes bald starb. Es handelte sich bei ihm um die Weilsche Krankheit, die durch Uebertragung von Krankheitserregern verursacht wird. Da den Hinterbliebenen die Hinterbliebenrente aus der Unfallversicherung versagt wurde, kam der Streit zur

Entscheidung durch das Reichsversicherungsamt. Letzteres hat die Krankheit und den Tod als Unfallfolge angesehen und den Hinterbliebenen die Rente mit folgender Begründung zugesprochen:

„Das Reichsversicherungsamt ist dem angefochtenen Urteil des Oberversicherungsamtes unbedenklich gefolgt. Daß die Ansteckung des verstorbenen Tiefbauarbeiters mit der Weilschen Krankheit bei den Arbeiten im Mühlengraben erfolgt ist, läßt sich zwar nicht mit völliger Sicherheit feststellen. Da aber, wie die gehörten Sachverständigen übereinstimmend befundet haben, Ratten die genannte Krankheit übermitteln, da ferner an der genannten Arbeitsstelle Ratten bzw. ihr Urin vorhanden war, und somit eine erhöhte Ansteckungsgefahr bestand, und da endlich der Zeitpunkt der Erkrankung eine Ansteckung bei der Arbeit wahrscheinlich erscheinen läßt, hielt der Senat eine überwiegende Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges zwischen der Betriebsstätigkeit und dem Ausbruch der Krankheit für gegeben, daß sich darauf vernünftigerweise die richterliche Ueberzeugung zu gründen vermag. Zu berücksichtigen war dabei, daß auch die Gefahr einer Uebertragung der Krankheit durch Stehmüden bei der Arbeit in dem Mühlengraben besonders groß war. Angesichts der Tatsache, daß zur Ansteckung ein kurzes plötzliches Ereignis, nämlich die einmalige geeignete Berührung mit dem Ansteckungsstoff, genügt, war somit das Vorliegen eines Betriebsunfalles anzuerkennen.“ (Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 27. November 1925, Aktenzeichen Ia 2049/25.)

**Rundschau**

Die Bauhüttenbewegung im Bezirk Hessen. Bei Beurteilung der Bauhüttenbewegung ist zu berücksichtigen, daß diese Bewegung im Bezirk Hessen erst im Jahre 1920 ins Leben gerufen wurde. In Kassel, Kassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen, Mainz und Wiesbaden bestehen Bauhütten, die als G. m. b. H. gegründet sind. Die Geschäftsanteile sind in Händen der Gewerkschaften im Bezirk Hessen, die dadurch Eigentümer der vorhandenen Geräte, Werkzeuge, Maschinen, Steinbruch, Schieferbergwerk, Lagerplätze, Fuhr- und Autoparks sind. Zwei Bauhütten haben eigene Bureau- und Verwaltungsgebäude, in denen eine Anzahl Wohnungen und Wirtschaftsräume eingebaut sind. Das ursprüngliche Papiermarktstammkapital ist in allen Betrieben umgewandelt in Reichsmark. Die Spitzenorganisation dieser Bewegung ist der Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., in Berlin. Am Ende des Jahres 1925 wurde das Stammkapital des Verbandes sozialer Baubetriebe erhöht. Es beträgt nunmehr 2.000.000 M. Dieses Stammkapital ist in Händen der Spitzengewerkschaften im Reich. Ab 1. Januar 1926 wurde eine Neuorganisation vorgenommen: die 18 Bauhüttenbetriebsverbände, die zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und den Bauhütten standen, werden aufgelöst und an ihre Stelle treten 10 Bezirke des Verbandes sozialer Baubetriebe mit bestellten Bezirksleitern. Der 7. Bezirk, Hessen, hat seinen Sitz in Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 89. Der Verband sozialer Baubetriebe wird im Jahre 1926 in oben genannte Bauhütten als Gesellschaft eintreten und neues Stammkapital einbringen. Bauarbeiten aller Art werden in den 7 Betrieben des Bezirkes ausgeführt. Es werden technische und kaufmännische Angestellte sowie Maurer und Bauhilfsarbeiter in allen 7 Bauhütten beschäftigt. Zimmerer in 6 Bauhütten, Dachdecker in 5 Bauhütten, Tischler in 3 Bauhütten, Glaser in 3 Bauhütten, Schlosser und Schmiede in 4 Bauhütten, Maler in 6 Bauhütten, Plasterer in 3 Bauhütten, Maschinisten in einer Bauhütte, Ziegeleiarbeiter in einer Bauhütte, Fuhrleute in 2 Bauhütten, Chauffeure in 3 Bauhütten, Lehrlinge sind in allen Bauhütten eingestellt. Im Januar 1925 wurden in den 7 Bauhütten 35 Angestellte und 628 Arbeiter beschäftigt, im Juli 37 Angestellte und 1032 Arbeiter, im Dezember 39 Angestellte und 361 Arbeiter. Die Beschäftigtenzahl im Dezember läßt deutlich den Saisoncharakter des Baugewerbes erkennen. Baustoffproduktionsbetriebe haben 2 Bauhütten im Bezirk, eine mit Maschinen eingerichtete Ziegelei und Dachziegelgrube, ein Schmelzsteinwerk und einen Steinbruch. Gegenwärtig sind die Bauhütten noch alle mit Aufträgen versehen. In der ersten Lohnwoche im Januar 1926 waren 34 Angestellte und 452 Arbeiter tätig.

Der deutsche Trinkbranntweinverbrauch stellt sich für die Zeit vom Oktober 1924/25 auf Grund der Nachweise der Monopolverwaltung auf 547.584 Hektoliter in 100teiligem Weingeist, das sind 0,87 Liter auf den Kopf. Jene Menge entspricht über 219 Millionen Flaschen fertigen Trinkbranntweins zu 4 Liter. Im Vorjahr waren es 341.896 Hektoliter oder 0,6 Liter auf den Kopf. Diese Zahlen bedeuten eine Konsumzunahme von rund 206.000 Hektoliter in einem einzigen Jahre, dabei in beiden Fällen noch nicht gerechnet den Auslandsbranntwein und die nicht geringen Mengen von Schnaps, welcher auf ungesetzlichem Wege zustande und zum Vertrieb kommt.

**Reichskonferenz der Reichs- u. Staatsarbeiter**

am 24. und 25. April 1926  
im Volkshaus zu Hannover, Nicolaistraße 7.

Die vorläufige Tagung ist wie folgt festgesetzt:

1. Geschäftliches.
2. Vortrag über Wirtschaft und Staat, Referent: Regierungsrat Woldt, Berlin.
3. Bericht über die Tätigkeit der Reichssekretion, Referent: Stetter.
4. Die Tätigkeit der Hauptbetriebsräte, Referenten: Behrens-Brake und Labbert-Berlin.
5. Unsere organisatorischen Zukunftsaufgaben, Referent: E. Schartau.

Die statistische Mitglebderaufnahme hat ergeben, daß im Durchschnitt des Vorjahres insgesamt 25.752 Mitglieder der Reichssekretion angehören. Auf je 600 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. Jeder Gau bzw. Bezirk bildet einen Wahlkreis. Es sind daher in 22 Wahlkreisen 42 Delegierte auf Grund nachstehender Wahlkreiseinteilung zu wählen:

Wahlkreis	Gau resp. Bezirk	Mitgl. Deleg.	Wahlkreis	Gau resp. Bezirk	Mitgl. Deleg.
1	Hamburg . . .	780 1	13	Bredde . . .	1302 2
2	Bremen . . .	1925 3	14	Leipzig . . .	822 1
3	Kiel . . .	1050 2	15	Widau . . .	551 1
4	Lübeck . . .	764 1	16	Halberstadt . . .	396 2
5	Westfalen . . .	1072 2	17	Magdeburg . . .	594 1
6	Frankfurt a. M. 1264 2		18	Hannover . . .	768 1
	Mainz . . .	779 1	19	Schlesien . . .	661 1
7	Rheinland . . .	609 1	20	Boisdam . . .	606 1
	Rheinpfalz . . .	112 1	21	Frankfurt a. O. 138 1	
8	Karlsruhe . . .	695 2	22	Berlin . . .	3715 6
	Zingen . . .	37 1		Stettin . . .	516 1
9	Württemberg . . .	688 1		Ratiberg . . .	78 1
10	München . . .	2054 3		Citpreußen . . .	1595 3
11	Nürnberg . . .	1084 2			
12	Thüringen . . .	1097 2			
					42

Um möglichst vielen Filialen und Kollegen die Teilnahme an der Konferenz zu ermöglichen, hat der Verbandsvorstand beschlossen, eine Reihe von Gast-Delegierten in derselben Zahl wie die Delegierten zur Konferenz zuzulassen. Die Gast-Delegierten sind berechtigt, an den Arbeiten und Diskussionen der Konferenz teilzunehmen, haben jedoch kein Stimmrecht. Die Entsendung muß auf Kosten der Filiale geschehen. Die Zahl der Gast-Delegierten, die aus allen Filialen eines Gaues entsandt werden, darf jedoch auf keinen Fall die Zahl der im Gau gewählten Delegierten überschreiten. Hat z. B. ein Gau Anspruch auf einen Delegierten, so kann aus diesem Gau auch nur ein Gast delegiert werden.

Die Wahlen werden nach der vom Verbandsvorstand getroffenen Wahlkreiseinteilung, bzw. nach der von den größeren Gaues erfolgten Bezirks-einteilung in Anlehnung an die für die Wahlen zum Verbandstag gültigen Bestimmungen vollzogen.

Wählbar und zur Teilnahme an der Wahl berechtigt sind die Mitglieder des Verbandes, die in einem Reichs- oder Staatsbetrieb, bzw. Verwaltung beschäftigt sind, einschließlich des staatlichen Personalpersonals, sowie die vorwiegend mit der Agitation betrauten Angestellten des Verbandes, soweit die Vorgenannten am Wahltag nicht länger als höchstens 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Bei der Kandidatenaufstellung ist die ziffermäßige Stärke der weiblichen Mitglieder zu berücksichtigen.

Für jeden Wahlkreis ist entsprechend der auf ihn entfallenden Zahl der Delegierten die gleiche Anzahl von Erfahreuten zu wählen. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen geschieht durch die Gauleitungen. Das Material und entsprechende Anweisungen geben den Filialen durch die Gauleitungen zu. Um Kosten zu sparen, bitten wir, die Wahlgänge einfach zu gestalten und Stimmzettelnwahlen möglichst zu vermeiden. Die Wahl der Delegierten muß spätestens am

20. März 1926

stattfinden und die Namen der Gewählten mit genauer Angabe der Adressen sofort dem Verbandsvorstand mitgeteilt werden.

Anträge zur Konferenz sind bis spätestens

1. April 1926

direkt an die Abteilung Staatsarbeiter einzusenden.

Der Verbandsvorstand.  
Sektion Reichs- und Staatsbetriebe.

Verlag: Im Vertriebsnetz des Reichsverbandes der Gewerkschaften u. Staatsarbeiter A. M. u. n. e. r., Berlin S. O. 33, Schillerstr. 33. Redaktion: Emil Billmer, beide Berlin S. O. 33, Schillerstr. 33.

## Eingegangene Schriften und Bücher

Zum Todestage Friedrich Oberth, der am 28. Februar 1874, ist im Verlage der Reichsdruckerei das Bildnis des ersten Reichspräsidenten als Reichsbrud 881 erschienen. Das 27x34 cm große Blatt zeigt den mächtigen Kopf des Verstorbenen in einem fein durchgearbeiteten Originalkupferstich des Berliner Graphikers E. Smith, dessen schlichte, in edelster Technik gegebene Darstellung des Mannes Oberth den vielen Freunden des Verstorbenen eine willkommene Gabe von unvergänglichem Wert sein wird. Das Bild kann durch jede Buch- oder Kunsthandlung zum Preise von 2,50 Mk. bezogen werden. Die Vorkaufsgabe mit Kleinapostelauflage kostet 5,- Mk.

„**Illustrierte Reichsdarstellung**“. Die neue Nr. 6 ist schon erschienen und bringt wieder reiches Bildmaterial und gute Textbeiträge. Ein Aufsatz „**Wortfreiheit**“ befaßt sich mit dem Freiheitsbrauch, der in Münden wegen Erschießung der zwölf Verurteilten Arbeiter angelegten Büchsenfreischützen. Besonders sei noch hervorgehoben ein Abriss aus dem Leben des einzigen noch lebenden Sohnes des bekannten Freiheitskämpfers Hebbel und Freiligrath. Der Württemberg Wolfgang Freiligrath hat diese Hebbelung auf Wunsch der Redaktion zur Verfügung gestellt. Die illustrierte Nummer enthält noch eine große Zahl belehrender und unterhaltender Beiträge; auch Humor und Satire kommen nicht zu kurz. Jede Nummer der „**Illustrierten Reichsdarstellung**“ kostet 20 Pf. und ist durch alle Reichsdarstellunggruppen, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen.

„**Sochen links**“. Die neue Nr. 6 des republikanischen Wochenblattes „**Sochen links**“ liegt im Zeichen der Enthüllungen des Abg. Dittmann über die Marinejustizmorde von 1917. Das Titelblatt „**Der letzte Mann**“ gibt eine vorzüglich gelungene graphische Parodie auf ein bekanntes nationalliberales Marinebild. Eine selten gute Leistung ist die Zeichnung Karl Geis's vom Admiral Scherer, dem glorreichen Vorkämpfer der Offiziersmenage. Darüber klagt hat in seinem Bild zum Volksentscheid die Antwort des deutschen Volkes auf die unerschämten Forderungen der Offiziersklasse zu illustrieren verstanden. Aus dem reichen übrigen Inhalt sei noch besonders auf die zwei trefflichen Beiträge von Erich Weisner verwiesen. „**Sochen links**“ erscheint wöchentlich. Jede Nummer kostet 20 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen, oder direkt vom Verlag J. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68.

„**Die Frauenwelt**“. Die das ganze deutsche Volk bewegende Frage der Frauenbefreiung hat auch dem neuen Heft 4 der „**Frauenwelt**“ ihren Stempel aufgedrückt. Das Titelbild zeigt ein Bild grausamster Wirklichkeit — schwelgende färschliche Hausierer neben hungrigen Schaltern der Arbeiter. Der Text des Heftes bringt rücksichtslose Brandmarkung der unerschämten Forderungen und zeigt das Volksbegehren als einzigen Weg, die Millionen dem Zugriff der Färsche zu entziehen. Neben anderen Beiträgen und dem Roman, auf dessen Fortsetzung alle Leserinnen mit Spannung warten, bringt das neue Heft wieder eine siebenseitige Probebeilage, die diesmal wegen der bevorstehenden Jugendweihen auf Jungmädchen- und Kinderfelder abgestellt ist. Die „**Frauenwelt**“ ist die Zeitschrift der schaffenden Frau und erscheint vierzehntäglich. Jedes Heft kostet 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Volkbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68.

„**Die Gemeinde**“. Diese Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit im Stadt und Land ist immer mehr zum unentbehrlichen Berater aller sozialistischen Gemeindevorsteher geworden. Niemand, der in irgendeiner Form der Gemeindeverwaltung tätig ist, kann diese Zeitschrift heute missen. Das neue Heft 3 bringt eine grundsätzliche Abhandlung über gemeindliche Staatspolitik, die von dem Gesichtspunkt geleitet ist, daß die Gegner in Gemeinden mit ausschlaggebendem sozialistischem Einfluß, den Kapitalisten aus den jetzt notwendig eintretenden Schwierigkeiten einen Strich drehen wollen. Deshalb müssen gerade die Sozialdemokraten den Beweis liefern, daß es trotz der Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinden durch reichs- und landesgesetzliche Maßnahmen und durch die herrschende Wirtschaftskrise möglich ist, eine ordentliche Finanzwirtschaft aufrechtzuerhalten. Auch die übrigen Beiträge bringen wichtiges kommunalpolitisches Material. Die „**Gemeinde**“ erscheint vierzehntäglich und kostet monatlich 10 Pf. Zu beziehen durch alle Volkbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68.

„**Die deutschen Gewerkschaften**“. Von J. Fisher-Jelinek. I. „**Werden und Stohn**“. II. „**Gewerkschaften und Wirtschaft**“. Milwaukee-Berlag, München.

Die beiden vorliegenden Broschüren sind in einem köstlichen Doppelheft erschienen, in dem auch die neue Broschüre August Winnig „**Der Glaube an das Proletariat**“ in neuer Fassung für 50 Pf. zu haben ist. Das allein rechtfertigt schon eine gewisse kritische Einstellung. Immerhin muß anerkannt werden, daß besonders im ersten Heft eine interessante Zusammenfassung der Materialisten und der Entzweiung bis in die neueste Zeit vorgenommen worden ist. Die Schlussfolgerungen sind natürlich etwas kritisch zu nehmen, wie wir das aus dem nachfolgenden Satz ersieht können: „**Neben dem moralischen Einfluß, den das Bestehen eines Arbeitgebetverbandes auf die Haltung der Gewerkschaften ausübt, bestehen noch eine Reihe von Einzelentscheidungsgehaltungen, die ihnen befehlen oder von einer Aussperrung betroffenen Mitglieder mit materielle Unterstützung per Seite stehen. Diese Einzelentscheidungsgehaltungen, aber die eine ausführliche Aufstellung nicht besteht, verfügen anscheinend über ganz beträchtliche Mittel, die ihnen die Möglichkeit geben, das Gegengewicht**

zur Gewerkschaftsbewegung noch sehr erheblich zu verstärken.“ Wenn im zweiten Heft auch anerkannt wird, daß an unsere hochentwickelte kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ohne Gewerkschaften nicht zu denken ist und der Gedanke, ohne diese Wirtschaftspolitik zu treiben, ebenso absurd wäre als wenn man heute ohne Post-, Telegraph oder Eisenbahn auskommen wollte, so wird andererseits behauptet, daß es ein logischer Trugschluß bei den Gewerkschaften sei, daß sie sich entwickeln oder erhalten könnten, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen für Arbeit und ausreichenden Verdienst nicht beständen. Es fragt sich nur, was man unter ausreichenden Verdienst (Profittate) versteht? Gegenwärtig ist das Problem jedenfalls ein anderes, nämlich, daß der Verdienst der Kapitalisten und vor allem Dingen des Handels und Zwischenhandels zu ausreichend ist und sich daraus eine der größten Wirtschaftskrisen unserer Zeitallters entwickelt hat. Also Aufgabe der Gewerkschaften bleibt es, einen planmäßigen Gedrang gegen die hohe Profittate zu führen.

„**Technische Fachbücher**“. Heft I: „**Die Wasserkraft**“. Von Studentrat Dr. Theodor Meyer. Mit 35 Abbildungen im Text und 132 Aufgaben nebst Lösungen. C. B. Kreidels Verlag, München, Trogerstr. 56. Preis je Heft gebunden 2,25 Mk.

Im ersten Heft wird die Kraftausnutzung des Wassers dargestellt, ferner die Hydrostatik (Wasserdruck usw.), die Hydrodynamik und der Energiekreislauf des Wassers. Interessant sind auch die für den Laien gehaltenen Aufgaben aller Übungshäfte auf S. 89 bis 116, ebenso die darin enthaltenen Lösungen, so daß derjenige, der sich in die ganze Materie einarbeiten will, dies durch Selbstunterricht sehr gut tun kann. Heft II: „**Die Wirkungslehre der Verbrennungsmotoren**“. Von Dipl.-Ing. Paul Wolfram. 35 Abbildungen im Text und 110 Aufgaben nebst Lösungen. Auch hier wird versucht, dem Laien mehr oder minder das Verständnis von Formeln usw. beizubringen. Heft III: „**Der elektrische Strom**“. Von Dipl.-Ing. Ernst Meyer. 24 Abbildungen im Text und 124 Aufgaben nebst Lösungen. Soweit unsere Kollegen für ihre weitere technische Entwicklung besondere Begabung und Interesse haben, sind die Bücher durchaus zu empfehlen, wenngleich wir uns nicht verhehlen, daß eine planmäßige Arbeit erforderlich ist, um den Übungshäfte zu verarbeiten und ihn sich nutzbar zu machen. Alles in allem sind die drei Bücher für die planmäßige technische Fortbildung zu empfehlen.

„**Gewerkschaftslehre**“. Die Berechnung über Erwerbslosenfürsorge vom 14. Februar 1924 mit den Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1924 ist vom Gewerkschaftsamt Leipzig neu herausgegeben worden. Die dritte Auflage enthält außerdem die 5., 6. und 7. Ausführungsbestimmung vom 18./21. Januar 1925 sowie die Bestimmungen über Rothandsarbeiten vom 30. April 1925. Das Ganze kostet 30 Pf. Zu beziehen durch das Gewerkschaftsamt Leipzig, Seiler Str. 22.

# Salamander Fußarzt

Nur empfindliche Füße  
Der Schuh für Eisenbahner  
Gepäckträger und Arbeiter

## Salamander

# STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

**KOCH & SEELAND** G. m. b. H.

Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893

## MONATLICHE TEILZAHLUNG! Elegante Herrenkleidung



fertig und nach Maß zu soliden Preisen.  
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.  
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.  
Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter  
Damenmoden nach Maß. (P)

**Julius Fabian** Maß-  
schneider! Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage

Mitglieder 5%, Rabatt

## Günstige Teilzahlung zu Kassapreisen in Herren- und Damenbekleidung

Enorm billig! Sehr große Auswahl  
Jackett-Anzüge • Schlüpfer • Gabardine-Mäntel  
Regenmäntel • Hosen (P)

alles in bester Verarbeitung  
**Lipkowitz & Co. Kommand.-Ges., Münzstr. 18** an der Kaserne  
Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung.



## Arcona-Räder

Hundert I., II. und III. Preise  
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!  
**Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!**  
100000<sup>00</sup> im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den höchsten u. schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**  
Verlangen Sie Katalog gratis und franko

**Ernst Machnow** BERLIN C 54  
Weinmeisterstr. 14 (P)

## Ein Hindernis des Aufstiegs

sind die Trinksitten der Arbeiterschaft

**Fördert** den Kampf der sozialistischen Alkoholgegner!

**Lest** die Kampfzeitschrift „Der abstinente Arbeiter!“

**Tretet ein** in den Arbeiter-Abstinenten-Bund!

Schriften / Flugblätter / Plakate / Lichtbilder  
Probenummern der Zeitschrift „Der abstinente Arbeiter“

Auskunft durch die  
Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes  
BERLIN SO 16, Engelufer 29 (P)

**„Komet-Freilauf“**  
gehört in jedes Fahrrad!  
Unverwundlich im Gebrauch! (P)

## Erstklassigste Sprechmaschinen und Schallplatten



von letzteren die neuesten Schläger  
vorrätig, liefern ich ohne Aufschlag auf Teilzahlung zu den billigsten Preisen.

P. Hoffmann, Musikapparatevertrieb  
Berlino-Tempelhof, Abt. A, Schulenburgstr. 128.

Heimarbeit vergibt P. Hofter, Brestan 116.

Die wäcker, sehr attraktive **Hienfong-**  
Essen von 12 Fl. 11. 1.-  
Pfeife extra, 20 Fl. 11. 1.-  
franko gegen Nachnahme.  
Laboratorium (P)  
A. Steinbring & Co.,  
Berlino-Friedrichstr. 128.



## HERREN-ARTIKEL Max Becker

Berlin, Turmstr. 90 (an Kottbuscher)

Bekanntes Spezialgeschäft für Handschuhe, Kravatten, Hüte usw., zu bekannt billigen Preisen. 5/ 5/

## Maxim Gorki

### spricht

In seinem letzten Roman „Der Sohn der Nonne“, der als fünfter Band des „Bücherkreises“ erschienen ist, mit packender Lebendigkeit und Bildhaftigkeit von dem Rußland, das gestern war und das

### heute

noch ist — das auch morgen noch nicht überwunden sein wird . . .

Maxim Gorkis letzter Roman erschien erstmalig

## im Bücherkreis

Wer des großen Dichters großes Bekenntnis lesen will, melde umgehend seine Mitgliedschaft an, (1 Mark Monatsbeitrag, bei der Zahlstelle „Der Bücherkreis“)

Abteilung Bücher und Schriften  
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
Berlin SO 33, Schliesische Straße 42.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Sobald erscheint  
in lebender, neubearbeiteter Auflage

# MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 160 000 Artikel auf 20 000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen  
Band I u. II kostet je 30 Mark, Band III 33 Mark

Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen